

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser!

Wie geht es weiter mit dem KKM? Diese Frage stellt Tabea Behnisch im Solidaritätsteil des Heftes. Sie ist Sozialwissenschaftlerin und macht derzeit ihren Master in Lateinamerikastudien. Das heißt auch: Wie geht es weiter mit dem Mosambik-Rundbrief? Ein KKM ohne Rundbrief ist schlecht vorstellbar. Allerdings ist der Rundbrief eine zeitintensive Angelegenheit, teuer im Druck und im Versand. Trotz aller Unsicherheiten und Widrigkeiten haben die Redakteurinnen und Redakteure beschlossen, die Arbeit am Rundbrief bis auf weiteres weiterzuführen. In Zukunft wird in Abwesenheit von Hauptamtlichen bzw. Honorarkräften ausschließlich das ehrenamtliche Redaktionsteam dafür sorgen, dass Sie auch weiterhin eine Druckversion des Rundbriefes bekommen. Es wird jedoch nur noch zwei Ausgaben im Jahr geben, voraussichtlich im Mai/Juni und im November/Dezember. Die Abonnentenpreise werden entsprechend reduziert. In Zukunft wird ein Jahresabonnement 12 Euro und ein Auslandsabo 18 Euro kosten.

Wir möchten Sie an dieser Stelle noch einmal zur aktiven Mitarbeit am Mosambik-Rundbrief einladen. Schreiben Sie Artikel und Leserbriefe, schicken Sie uns interessante Beiträge aus Mosambik, unterstützen Sie uns mit Fotos aus Ihrem Archiv. Je mehr Menschen am Rundbrief mitwirken, desto bunter, lebendiger und differenzierter wird er.

Wir hoffen darauf, den KKM im kommenden Jahr wieder auf festere Beine stellen zu können und möchten uns schon jetzt bedanken für die Spenden, den Zuspruch, die positiven Rückmeldungen zu unserer Arbeit und die tatkräftige Unterstützung, die wir im Laufe dieses Jahres von vielen Seiten her erfahren haben und die uns die Kraft geben, unsere Aktivitäten fortzusetzen.

Frohe Weihnachten und ein glückliches und gesundes neues Jahr wünscht Ihnen im Namen der Redaktion



INHALT

- 4 Wenn Obama Afrikaner wäre
- 6 Versäumnisse in der Landwirtschaft
- 8 Neue Erkenntnisse zum Tod Samora Machel
- 9 In Kürze

Schwerpunkt Kommunalwahlen und Dezentralisierung

- 12 Einleitung
 - 13 Spannender Dreikampf in Beira
 - 16 Kommunale Selbstverwaltung
 - 18 Wahlergebnisse im Überblick
 - 19 Die Instrumentalisierung der traditionellen Autoritäten
 - 22 Kommunale Räte als Garanten für Demokratie?
 - 24 Dezentralisierung im Bildungssektor
 - 26 Teilhabe der Gemeinden an Holzeinnahmen
 - 28 Wahlkommentare
- 29 Herbstseminar
 - 30 Bildung durch Radionovelas
 - 32 Wie geht es weiter mit dem KKM?
 - 33 Neue Romane von Couto und Chiziane
 - 36 Galerie

IMPRESSUM

Der Mosambik-Rundbrief erscheint drei Mal im Jahr in Deutschland und in der Schweiz.

Verlag, Herausgeber und Anschrift der Redaktion:

Koordinierungskreis Mosambik e.V., August-Bebel-Straße 16 – 18, D-33602 Bielefeld;
Tel.: 05 21-12 47 42; Fax: 05 21-6 49 75; E-Mail: kkm@kkmosambik.de
Homepage: <http://www.kkmosambik.de>
ISSN: 1613-3080

Redaktion: Andrea Queiroz de Souza (V&SdP), Ute Ammering, Winfried Borowczak, Richard Brand, Judith Christner, Michael Kegler, Ulla Rinke, Peter, Steudtner, Rainer Tump

Layout, Satz & Bildbearbeitung: Fischer-Grafikdesign Bielefeld

Titelbild: Fischer-Grafikdesign, Foto: Gerald Henzinger, www.enlumen.net

Mitarbeit: Adla Lima Barreto, Johannes Beck, Tabea Behnisch, Claudia Bröll, Jaime Cossa, Uschi Gross, Gerald Henzinger, Claudia-Maria Kukla, Sultan Mussa, Aslak Orre, Carla Reckmann, Bianca Reichel, Hans-Georg Schleicher, Wolfgang Schmidt Ingo Scholz, Carlos Serra, Beatrice Tschinkel, Jens Wiegmann, Elke Zimprich Mazive

Druck: Nübold Buch- u. Offsetdruck, D-57368 Lennestadt.

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Ansicht der Redaktion oder des Herausgebers.

Der Mosambik-Rundbrief wird freundlicherweise vom Referat Bildung und Förderung des EED gefördert.

Bankverbindung: KD-Bank Münster, BLZ: 350 601 90, Konto: 211 024 10 14

Bezugsbedingungen:

Ein Abonnement kostet 18,- Euro für drei Ausgaben. Ein Mehrfachabonnement von fünf Heften kostet 55,- Euro. Ein Mehrfachabonnement von zehn Heften kostet 90,- Euro. Das Auslandsabo kostet 26,- Euro. Die Preise verstehen sich inklusive Versand.

Gedanken zur politischen Realität in Afrika

Wenn Obama Afrikaner wäre ...

Der Sieg Barack Obamas hat weltweit Begeisterung ausgelöst. Besonders groß war die Begeisterung in Afrika, vor allem in Kenia, dem Herkunftsland von Obamas Vater. Die kenianische Regierung rief spontan einen Feiertag aus, um das denkwürdige Ereignis der Wahl des ersten „schwarzen“ US-Präsidenten gebührend zu würdigen. Neben dem Jubel meldeten sich auch einige nachdenkliche Stimmen aus Afrika zu Wort, die das Ereignis zum Anlass nahmen, über politische Entwicklungen in Afrika zu reflektieren.

Von Mía Couto, übersetzt von Andrea Queiroz de Souza

Die Afrikaner bejubelten den Sieg Obamas. Ich war einer von ihnen. Nach einer durchwachten Nacht, in der Unwirklichkeit der Morgendämmerung, liefen mir die Tränen herunter während er seine Siegesrede hielt. In diesem Moment war auch ich ein Sieger. Das gleiche Glück fühlte ich, als Nelson Mandela freigelassen wurde und und als neuer südafrikanischer Staatsmann den Weg für ein würdiges Afrika ebnete.

In der Nacht des 5. November war der neue nordamerikanische Präsident nicht einfach ein Mann, der eine Rede hielt. Er war die erstickte Stimme der Hoffnung, die, befreit, wieder in uns erwachte. Mein Herz hatte gewählt, auch ohne Wahlberechtigung: Daran gewöhnt wenig zu fordern, feierte ich einen Sieg ohne Grenzen. Als ich auf die Straße ging, war meine Stadt nach Chicago verlegt worden. Schwarze und Weiße teilten dieselbe glückliche Überraschung. Denn Obamas Sieg war kein Sieg einer Rasse über die andere: ohne die massive Beteiligung von Amerikanern aller Rassen (eingeschlossen die weiße Mehrheit), würden uns die Vereinigten Staaten von Amerika keinen Anlass zum Feiern bieten.

In den folgenden Tagen trug ich die euphorischen Reaktionen aus allen Teilen unseres Kontinents zusammen. Einfache Bürger wollten ihr Glück ausdrücken. Gleichzeitig verfolgte ich, mit einigen Vorbehalten, die Solidaritätsbotschaften der afrikanischen Führer. Fast alle nannten Obama „unseren Bruder“. Ich dachte: Sind alle diese Politiker aufrichtig? Steht

Barack Obama so vielen Leuten mit so unterschiedlichen politischen Ansichten nah? Daran zweifelte ich. In unserem Bemühen, die Vorurteile der anderen zu erkennen, verkennen wir unseren eigenen Rassismus, unsere eigene Fremdenfeindlichkeit. In der Eile, den Westen zu verurteilen, vergessen wir die Lektionen anzunehmen, die aus dem Teil der Welt zu uns kommen.

Dann fiel mir der Text eines Kameruner Schriftstellers in die Hände, Patrice Nganang, mit dem Titel. „Und wenn Obama ein Kameruner wäre?“ Die Themen, die mein Kollege ansprach, liessen mich über bestimmte Fragen nachdenken, die sich vor allem auf folgenden Gedankengang bezogen: Was wäre, wenn Obama Afrikaner wäre und sich auf die Präsidentschaft eines afrikanischen Landes bewerben würde? Diesen Fragen möchte ich in diesem Text nachgehen.

Und wenn Obama Afrikaner wäre und sich auf eine afrikanische Präsidentschaft bewerben würde?

1. Wenn Obama Afrikaner wäre, würde sein Konkurrent (irgendein afrikanischer George Bush) die Verfassung ändern, um seine Amtszeit über das vorgesehene Maß hinaus zu verlängern. Und unser Obama müsste noch ein paar Jahre warten, bevor er sich erneut bewerben könnte. Das Warten könnte lang werden, wenn wir bedenken, dass ein afrikanischer Präsident ziemlich lange im Amt bleiben kann. 41 Jahre in Gabun, 39 in Liberia, 28 in Simbabwe, 28 in Äquatorial Guinea,



28 in Angola, 27 in Ägypten, 26 in Kamerun. Und so weiter. Man kommt auf mindestens fünfzehn Präsidenten, die schon seit mehr als 20 Jahren am Stück auf diesem Kontinent herrschen. Mugabe wird 90 Jahre alt sein zum Ende seines Mandats, das er sich gegen den Willen des Volkes nahm.

2. Wenn Obama Afrikaner wäre, dann hätte er als Kandidat der Opposition wahrscheinlich wenig Raum für seinen Wahlkampf. Sie würden mit ihm das tun, was sie auch in Simbabwe und Kamerun taten: Er würde angegriffen und immer wieder festgenommen, ihm würde der Pass abgenommen. Die afrikanischen Bushs tolerieren keine Oppositionellen, tolerieren keine Demokratie.

3. Wenn Obama Afrikaner wäre, könnte er sich in vielen Ländern gar nicht auf-

stellen lassen, weil die machthabenden Eliten strenge Gesetze erlassen haben, die es den Nachkommen von Ausländern und Abkömmlingen von Einwanderern verbietet, Präsident zu werden. Der nationalistische Präsident Sambias, Kenneth Kaunda, wird als Sohn von Malawianern diffamiert. Praktischerweise „entdeckte“ man, dass der Mann, der Sambia zur Unabhängigkeit führte und für mehr als 25 Jahre regierte, ein Sohn von Malawianern war und all die Zeit „illegal“ regiert hatte.

4. Um es klar zu sagen: In den USA ist Obama ein Schwarzer, in Afrika ist er ein Mulatte. Wenn Obama Afrikaner wäre, würde seine Rasse gegen ihn verwendet werden. Nicht dass die Hautfarbe von Bedeutung wäre für die Völker, die von ihren Führern Kompetenz und ernsthafte Arbeit erwarten. Aber die raubtierartigen Eliten würden gegen jeden wettern, der kein „authentischer Afrikaner“ ist. Derselbe schwarze Bruder, der heute als neuer amerikanischer Präsident begrüßt wird, würde hier verunglimpft werden als einer der „Anderen“, der von der anderen Rasse, der mit der anderen Fahne (oder der ohne Fahne).
5. Wenn er Afrikaner wäre, müsste unser „Bruder“ den Moralisten vom Dienst Rechenschaft ablegen, wenn er sich in seiner Dankesrede für die Unterstützung bedanken würde, die er von den Homosexuellen erfahren hat. Eine Todsünde für die Vertreter der sogenannten „afrikanischen Reinheit“. Für diese Moralisten – so oft an der Macht, so oft mächtig – ist Homosexualität eine nicht akzeptable Todsünde, die von außen kommt und nichts mit den Afrikanern zu tun hat.
6. Wenn er die Wahlen gewinnen würde, müsste sich Obama vielleicht mit dem Besiegten an einen Tisch setzen und über eine Machtteilung verhandeln, in einem demütigenden Verhandlungsprozess, der zeigt, dass in einigen afrikanischen Ländern der Verlierer über heilige Dinge verhandeln kann – über den Willen des Volkes, der sich durch Wahlen ausdrückt. Obama säße dann jetzt an einem Tisch mit irgendeinem Bush in endlose Verhandlungen ver-

strickt, mit afrikanischen Unterhändlern, die uns beibringen, dass wir uns mit Brosamen zufriedengeben müssen, wenn die Wahlen nicht zu Gunsten der Diktatoren verlaufen.

Unabgeschlossene Schlussfolgerungen

Um eins klarzustellen: Es gibt Ausnahmen von diesem generellen Bild. Wir kennen diese Ausnahmen alle, auch wir Mosambikaner gehören dazu.

Gleichermaßen klarzustellen gilt: All diese Hindernisse würden einem afrikanischen Obama nicht vom Volk in den Weg gelegt, sondern von den Machthabenden, den Eliten, die das Regieren zu einer Quelle der skrupellosen Bereicherung gemacht haben.

In Wirklichkeit ist Obama kein Afrikaner. In Wirklichkeit haben die Afrikaner – die einfachen Menschen, die Menschen ohne Namen – mit ganzer Seele den amerikanischen Sieg Obamas gefeiert. Aber ich finde, die afrikanischen Diktatoren und Korrupten haben kein Recht, sich zu diesem Fest einzuladen.

Denn die Freude, die Millionen Afrikaner am 5. November fühlten, kam daher, dass sie in Obama genau das Gegenteil sehen von dem, was sie von ihren eigenen Regierenden kennen. Auch wenn es uns schwer fällt dies zuzugeben: Nur eine Minderheit der afrikanischen Staaten haben oder hatten Regenten, die sich um das Wohl der Bevölkerung kümmern. Am selben Tag, an dem Obama zum Sieger erklärt wurde, waren die internationalen Medien voller schrecklicher Nachrichten aus Afrika. Am selben Tag, an dem die nordamerikanische Mehrheit ihren Sieg feierte, wurde Afrika weiter zugrunde gerichtet durch Kriege, schlechtes Management und den übertriebenen Ehrgeiz gewinnsüchtiger Politiker. Nachdem sie die Demokratie getötet haben, ermorden sie die ganze Politik. In einigen Fällen bleibt nur der Krieg, in anderen der Rücktritt oder der Zynismus.

Es gibt nur eine richtige Art, den Sieg Obamas in den afrikanischen Ländern zu feiern: der Kampf dafür, dass mehr Flaggen der Hoffnung hier auf unserem Kontinent entstehen können. Der Kampf dafür, dass afrikanische Obamas auch ge-

winnen können. Und wir, die Afrikaner aller Ethnien und Rassen, werden mit diesen Obamas siegen und bei uns zu Hause das feiern, was wir bislang nur in der Fremde bejubeln.

Mia Couto ist einer der bekanntesten mosambikanischen Schriftsteller. Er arbeitet auch als Umweltbiologe und lehrt an der Universität.

Rundbriefgesichter

Wer steckt eigentlich hinter dem Mosambik-Rundbrief, den die meisten Leserinnen und Leser schon seit vielen Jahren regelmäßig in ihrem Briefkasten finden? Während die Autorinnen und Autoren meistens mit einigen Sätzen vorgestellt werden, bleibt die Redaktion dezent im Hintergrund. In den nächsten Ausgaben möchten wir Ihnen einige Mitglieder des Redaktionsteams vorstellen, damit Sie einen Eindruck bekommen von der Vielfältigkeit der Beziehungen und Interessen, die uns mit Mosambik verbinden.



Den Anfang machen wir mit Andrea Queiroz de Souza, die trotz des exotischen Namens doch eine bodenständige Ostwestfälin ist. Sie hat mehrere Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Mosambik gearbeitet und war von 2003-2007 Geschäftsführerin des KKM. Heute arbeitet Andrea Souza als freie Beraterin, Gutachterin und Trainerin in der EZ und bereitet unter anderem in Bad Honnef nach Mosambik ausreisende Fachkräfte auf Land und Leute vor. Nachdem der Mosambik-Rundbrief jahrelang eins ihrer "Lieblingsbabies" innerhalb der hauptamtlichen KKM-Arbeit war, wird sie die Redaktionsarbeit - so wie alle anderen Redakteure und Redakteurinnen auch - zukünftig ehrenamtlich weiterführen. Andrea Souza ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Regierung vernachlässigt die Landwirtschaft

Der wahre Reichtum?

Von Jens Wiegmann

Es ist ruhiger geworden in Xipamane, dem größten Markt Mosambiks. Ein Kleinläster mit einem Dutzend Ziegen auf der Ladefläche quält sich durch den tiefen Matsch. Es riecht nach Hühnermist, in übereinander gestapelten Holzkäfigen mit Maschendraht warten die Tiere auf ihre Käufer. Wer sich durch den informellen Teil des Marktes in der Hauptstadt Maputo und die Angebote der etwa 5000 Händler hindurchgekämpft hat, erreicht den offiziellen, den überdachten Teil. 1.710 Stände gibt es hier, mit Gurken, Zwiebeln, Möhren, Gewürzen und getrocknetem Fisch, mit Haarverlängerungen, Batterien und Geschirr. Belindo, Anfang 20, steht hinter seinem kleinen Holztisch mit kleinen Haufen von Bohnen und Reis. „Dieser Reis ist der beste, Importware!“, erklärt er und hält einen gelben Plastiksack mit der Aufschrift „Product of Thailand“ hoch. Waren gibt es in Xipamane – was fehlt, sind aber die Käufer.

Proteste gegen Preiserhöhungen

Vor einem Jahr kostete ein Kilogramm Reis bei Belindo noch 13 Meticaís, jetzt verlangt er 18 (knapp 0,50 Euro). Die 1,5-Liter-Flasche Speiseöl („Gute Qualität, aus Südafrika!“) kostet nun 150 statt 90 Meticaís. Das ist viel Geld in einem Land, deren 21 Millionen Einwohner zu den ärmsten der Welt gehören. Von den 177 Ländern auf dem Human Development Index der UN steht Mosambik an 172. Stelle. Auch der hohe Ölpreis macht sich bemerkbar, das südafrikanische Land hat keine eigenen Vorkommen. „Mein Lieferant sagt mir, Reis und Benzin seien teurer geworden, er habe weniger Geld übrig, also soll ich mehr bezahlen“, sagt Maria, die getrocknete Krabben verkauft, und kaut auf einem Zahnstocher herum. Im Februar entlud sich die Wut der Hauptstadtbewohner über die Preis-

explosion, als die Regierung auch noch die Fahrpreise für die Chapas, die allgegenwärtigen Minibusse, um 50 Prozent erhöhen wollte. Tausende Menschen gingen auf die Straße, errichteten Blockaden, zündeten Autoreifen an und legten die Stadt lahm. Die Polizei griff hart durch: Mindestens vier Menschen starben, mehr als 100 wurden verletzt.

Versäumnisse in der Landwirtschaft

Die Regierung von Präsident Armando Guebuza steht unter Druck, denn die Stadtbevölkerung hat ihre Ernährung von afrikanisch auf westlich umgestellt, von Maisgerichten auf Brot. Und der Weizen dafür wird komplett importiert. Die Brotpreise sind um 50 Prozent gestiegen. Nach den Unruhen im März überlegt die Regierung nun, den Anbau von Weizen massiv zu fördern. Manfred Schug schüttelt den Kopf. „Das ginge nur im Norden, im Hochland, aber dafür müsste man den Urwald abholzen“, erklärt der Agraringenieur, der seit Jahren in Mosambik lebt. Entsendet wurde er vom Centrum für internationale Migration und Entwick-

lung (CIM) mit Sitz in Frankfurt/Main, das Fachleute an Entwicklungsländer vermittelt. Schug hält die Idee mit dem Weizen für einen Schildbürgerstreich: „Von den 36 Millionen Hektar, die landesweit landwirtschaftlich nutzbar sind, werden zurzeit nur etwa zehn Prozent genutzt. Das nötige Saatgut wird zwar offiziell bereitgestellt, aber meist nur auf dem Papier – das Geld dafür versickert. Und Dünger wird fast gar nicht eingesetzt.“ Der muss ebenfalls importiert werden, aufgrund des gestiegenen Ölpreises ist er innerhalb eines Jahres um 250 Prozent teurer geworden.

Schug zählt weitere Versäumnisse der Regierung auf: Der Reisanbau wurde vernachlässigt, nun muss Mosambik den Großteil einführen. Cashewnüsse, früher ein Exportschlager, gehen heute zumeist ungeöffnet nach Indien. Eine höhere Gewinnspanne durch Weiterverarbeitung entfällt, es fehlt die Industrie dafür. Asphaltierte Straßen sind die Ausnahme, es gibt keine durchgehende Straße, die das Land von der doppelten Größe Deutschlands in Nord-Süd-Richtung verbindet.



Waren, aber keine Kunden

Foto: Rosa



Foto: Rainer Tump

Reis: Kaum Investitionen in die Produktion von Grundnahrungsmitteln

„Und es fehlt ein Stromnetz, damit Pumpen für die Bewässerung betrieben werden können.“ Dabei produziert der von den portugiesischen Kolonialherren gebaute Cahora-Bassa-Staudamm ausreichend Strom – so viel, dass Elektrizität exportiert wird. Auf dem Land, wo der Großteil der Bevölkerung lebt, ist die Hauptenergiequelle allerdings Holzkohle, gewonnen aus abgeholzten Wäldern.

Menschen informieren

Jorge Vaz ist Schauspieler und Regisseur, mit seiner Frau, seiner siebenjährigen Tochter und seinem vier Monate alten Sohn lebt er im Stadtteil Chamanculo. Der 35-Jährige hat die Unruhen und die Polizeiaktionen im März hautnah miterlebt: „Ich hab das Tränengas eingatmet und in die Augen bekommen. Ich werde das mein Leben lang nicht vergessen.“ Vaz versteht die Wut seiner Landsleute, er selbst sei auf die Minibusse angewiesen und spüre die stark gestiegenen Lebensmittelpreise. „Die Menschen interessiert nicht der Ölpreis in New York, sie sehen nur, dass alles teurer wird, aber ihre Löhne nicht steigen.“ Die Menschen besser zu informieren, aufzurütteln, hat sich Vaz zum Beruf gemacht. Seit mehr als zehn Jahren arbeitet er am Teatro Avenida, das international durch die Inszenierungen des schwedischen Bestseller-Autors und Dramatikers Henning Mankell bekannt geworden ist.

Zuckerrohr in großem Stil

Bildung ist der größte Wunsch der Landbevölkerung, so hat es Walburga Greiner immer wieder erfahren. „Wenn wir in den Dörfern fragen, womit wir am meisten helfen können, kommt fast immer die Bitte nach einer Schule“, sagt Greiner, bis Juli die Leiterin der Deutschen Welthungerhilfe in Maputo. Die Zentralregierung in der Hauptstadt vernachlässige die eigene Bevölkerung, auch wenn es Fortschritte im Bildungswesen gebe. So werde kaum in die Landwirtschaft investiert. „Eine Ausnahme bilden Zuckerrohr und Jatropha, beides für Biosprit, da will Mosambik groß einsteigen“, sagt Greiner. Die Jatropha-Nuss gilt in der Entwicklungshilfe als besonders förderungswürdig, da sie auch auf trockenen Böden wächst. Zuckerrohr hingegen braucht grundsätzlich viel Wasser. Im fruchtbaren Sambesi-Tal seien die Bewohner 40 bis 50 Kilometer weit umgesiedelt worden, offiziell, um sie vor den häufigen Fluten zu schützen, sagt Greiner. „Aber nun wird da Zuckerrohr angebaut.“ Im Bezirk Massingir, etwa 400 Kilometer nordwestlich von Maputo, ist Land statt an Bauern an eine Firma vergeben worden, die im großen Stil Zuckerrohrplantagen betreibt.

Fehlende Kontrolle

Greiner kritisiert in diesem Zusammenhang die Entwicklungshilfe durch ausländische Regierungen. Die Idee, dass

die Geberländer nicht Hunderte einzelne Projekte finanzieren, sondern direkt die Regierung im Entwicklungsland (Budgethilfe), um deren Eigenverantwortung zu stärken, findet Greiner gut. „In Mosambik fehlt es aber an Kontrolle.“ Als kürzlich die Bücher im Landwirtschaftsministerium überprüft werden sollten, sei kurz zuvor ein Brand ausgebrochen, der eben diese Unterlagen vernichtet habe. Und erreiche das Land die vereinbarten Ziele nicht, würden sie im Nachhinein nach unten korrigiert. Ein hoher UN-Beamter bezeichnete Mosambik kürzlich als „Perle der internationalen Zusammenarbeit“, aber die Mosambikaner sehen die Hilfe pragmatischer, wie ein in Maputo kursierender Spruch zeigt: „Was ist der wahre Reichtum Mosambiks? Die armen Leute, denn ohne sie würde nicht so viel Budgethilfe fließen.“ Die Armen jedenfalls erreicht kaum etwas von dem Geld. Sie müssen ihre Einkäufe auf dem Markt von Xipamanine immer weiter einschränken.

Jens Wiegmann ist Politikredakteur bei der Zeitung „Welt“. Der Beitrag erschien am 11. Juli 2008 in der „Welt“ unter dem Titel „Entwicklungshilfe für Mosambik kommt oft nicht an“ und wurde für den Nachdruck gekürzt.

Neue Erkenntnisse zum Tod von Samora Machel

Absturz in den Bergen

Von Hans-Georg Schleicher

Seit mehr als 20 Jahren ist der Tod des mosambikanischen Präsidenten Samora Machel bei einem Flugzeugabsturz ungeklärt. Neue Augenzeugenberichte bestätigen einen gezielten Anschlag des Apartheid-Regimes.

Inmitten der idyllischen Landschaft unterhalb des Lebombo-Kammes, im Dreiländereck zwischen Südafrika, Mosambik und Swasiland, ereignete sich in der Nacht des 19. Oktober 1986 ein rätselhafter Flugzeugabsturz. Die mosambikische Präsidentenmaschine, eine TU-134 mit sowjetischer Besatzung, kehrte mit Präsident Samora Machel und seiner Delegation aus dem sambischen Lusaka zurück. Sie befand sich im Anflug auf Maputo, änderte jedoch plötzlich den Kurs und zerschellte auf südafrikanischer Seite an einem Hang. 25 Menschen starben, unter ihnen Machel, neun Insassen überlebten den Absturz.

Fehlleitung der Maschine?

Eine offizielle südafrikanische Untersuchungskommission gab damals einen Pilotenfehler als Ursache für den Absturz an. Sowjetische Experten vermuteten dagegen eine Fehlleitung der Maschine durch ein manipuliertes Funkfeuer. Als eine Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) nach dem Ende des Apartheidregimes dessen Verbrechen untersuchte, gab es Hinweise, die diese Vermutung bekräftigten. Die TRC selbst kam 1998 noch nicht zu endgültigen Schlussfolgerungen, bezweifelte aber die Version der offiziellen Untersuchungskommission von 1986.

Beziehungen auf dem Tiefpunkt

1986 befanden sich die Beziehungen zwischen Südafrika und Mosambik auf einem Tiefpunkt. Ein Nichtangriffspakt von 1984 war gescheitert, Südafrika hatte seine militärischen Aktivitäten gegen Mosambik verstärkt. Als Wochen vor dem Absturz mehrere Südafrikaner bei

einer Minenexplosion an der Grenze zu Mosambik getötet wurden, drohte Südafrikas Verteidigungsminister Magnus Malan dem mosambikanischen Präsidenten ganz offen.

Bezeichnend war das Verhalten der Südafrikaner nach dem Absturz. Die Behörden in Maputo, die eine umfangreiche Suchaktion eingeleitet und auch die Südafrikaner kontaktiert hatten, wurden erst nach neun Stunden über den Absturz informiert. Einer der Überlebenden, der nach Hilfe gesucht hatte, stieß bei seiner Rückkehr an den Unglücksort bereits auf südafrikanische Sicherheitsoffiziere. Freiwillige Helfer wurden aus der Umgebung des Flugzeugwracks vertrieben, während Sicherheitsleute nach Dokumenten suchten. Überlebende erinnern sich zudem an Militärlager in der Nähe.

Seit 1986 galt im südlichen Afrika als sicher, dass der Absturz in den Lebombo-Bergen kein Unglücksfall war. Immer wieder wurden neue Ermittlungen gefordert und auch angekündigt, doch sie zogen sich hin. Als 1999 das Denkmal errichtet wurde, das an das Ereignis erinnert, versprach Südafrikas damaliger Präsident Nelson Mandela eine ernsthafte Untersuchung. Sein Nachfolger Thabo Mbeki bekräftigte 2006, der Absturz müsse aufgeklärt werden. Sicherheitsminister Charles Nqakula sprach von neuem Beweismaterial.

Neuer Augenzeugenbericht

Nunmehr strahlte das südafrikanische Fernsehen die Dokumentation »Tod eines Präsidenten« aus – mit neuen Augenzeugenberichten. Hans Louw, ehemals Agent des Civil Cooperation Bureau, einer Kilerorganisation der Apartheidzeit, der wegen anderer Verbrechen zu 28 Jahren Haft verurteilt worden war und kürzlich nach 11 Jahren freikam, gestand seine Beteiligung am Anschlag auf Machel. Anfang Oktober 1986 seien er und andere Agenten in entsprechende Pläne



eingeweiht worden. Er bestätigte den Einsatz eines manipulierten Funkfeuers zur Fehlleitung der Maschine. Er selbst war Mitglied eines von zwei Trupps, die mit schultergestützten Flugabwehrraketen bereit standen, die Maschine abzuschießen, falls die Funkfeuervariante nicht funktionierte. Louw zeigte dem Fernseherteam seinen Einsatzort in den Lebombo-Bergen. Danach gehörte er zu den Sicherheitskräften, die sich nach dem Absturz vergewisserten, dass Machel tot war und die Dokumente sicherstellten. Ein anderer Agent bestätigte, die Männer an ihre Einsatzorte transportiert zu haben. Louw erklärte seine Aussage so: Er wolle sein Gewissen erleichtern, um in Frieden als »Mann mit Ehre« sterben zu können.

Dr. Hans-Georg Schleicher ist Historiker in Berlin. Er war langjährig im diplomatischen Dienst der DDR tätig, unter anderem als Botschafter in Zimbabwe und Missionschef in Namibia. Der Artikel ist eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Artikel aus der Zeitung „Neues Deutschland“ vom 27.10.2008.

FRELIMO GEWINNT

Die FRELIMO hat bei den Kommunalwahlen am 19. November mindestens in 41 der 43 Kommunen die Bürgermeisterwahl für sich entschieden. Lediglich in Beira unterlag der FRELIMO-Kandidat dem unabhängigen Kandidaten Daviz Simango. Das Wahlergebnis in Nacala macht anscheinend einen zweiten Wahlgang notwendig.

ZWEITER WAHLGANG IN NACALA

Die Wahlergebnisse in Nacala brachten für keinen Bürgermeisterkandidaten eine absolute Mehrheit. Nach letzten Informationen der Nationalen Wahlkommission CNE fehlen dem Kandidaten der FRELIMO, Chale Ossufo eventuell 100 Stimmen, um die absolute Mehrheit zu erreichen. Danach muss in Nacala ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden. Genauere Informationen waren zum Redaktionsschluss noch nicht verfügbar.

FRELIMO IN BEIRA OHNE MEHRHEIT

In Beira unterscheiden sich die offiziellen vorläufigen Zahlen der staatlichen Wahlkommission erheblich von den Zahlen der Parallelzählungen und einer provisorischen Zählung des Technischen Wahlsekretariats STAE. Während bei den Ergebnissen für die Wahl des Bürgermeisters Übereinstimmung besteht, gibt die Wahlkommission für den Stadtrat 52,7% für die FRELIMO an und 30,1% für die RENAMO. STAE und Parallelzählung sehen die FRELIMO bei 41% und die RENAMO um 38%. Nach letzteren Zahlen hätte die FRELIMO eine absolute Mehrheit im Stadtrat von Beira verfehlt. Am 4. Dezember, kurz vor Redaktionsschluss, sah es so aus, als habe die FRELIMO tatsächlich keine Mehrheit im Stadtrat.

EHEMALIGER INNENMINISTER VERHAFTET

Der ehemalige Innenminister Almerino Manhenje wurde im September unter Korruptionsverdacht festgenommen. Schon im Dezember 2005 hatte Manhenjes Nachfolger José Pacheco den Medien mitgeteilt, dass eine interne Finanzprüfung ergeben habe, dass 9 Millionen USD nicht ordnungsgemäß abgerechnet worden waren. Noch acht weitere Personen sind in diesem Zusammenhang festgenommen worden, unter ihnen ehemalige Finanzverantwortliche des Innenministeriums. Manhenje wird beschuldigt, eine Firma gegründet zu haben, mit der er Mittel aus dem Ministerium abzweigte. Es gab noch weitere Festnahmen wegen Verdachts auf Korruption: Armando Pedro, ein Vorstandsvorsitzender des INSS (Instituto Nacional da Segurança Social – Nationales Institut für Sozialversicherung) wurde verhaftet sowie der Chef der Flughafengesellschaft, Diodino Cambaza.

AUSWEITUNG DER „SOZIALHILFE“

Bis zum Jahr 2010 sollen mehr als 200.000 Mosambikaner direkte Transferleistungen („Sozialhilfe“) von 100-300 Meticais (4-12 USD) pro Monat erhalten. Diese Gelder sind vor allem für alte Menschen und Behinderte bestimmt, die keine anderen Einkommensquellen haben. Bislang erhalten 120.000 Menschen in Mosambik diese Transferleistungen. Die Gelder werden als „Ernährungszuschuss“ bezeichnet und wurden 1990 eingeführt, zunächst als ein kleines Programm, um hungernden Menschen zu helfen, die besonders stark von dem Armutsanstieg durch die Struktur Anpassungsmaßnahmen betroffen waren.

HOHEITLICHE VILLENPLÄNE

Die Pläne des niederländischen Kronprinzen Willem Alexander, in Mosambik eine Ferienvilla in einem entstehenden Luxusferienressort auf der Halbinsel Machangulo zu kaufen, stoßen in den Nier-

derlanden auf breite Kritik. Während der Kronprinz darauf hinweist, dass das Projekt lokale Arbeitsplätze schaffe und ein Gemeindezentrum und mehrere Schulen für die umliegenden Gemeinden gebaut würden, das Projekt also von Nutzen für Mosambik sei, monieren Kritiker, dass den niederländischen Steuerzahlern hohe Kosten entstehen werden, weil zum Schutz des künftigen Staatsoberhauptes eine Fregatte der Kriegsmarine vor der Halbinsel stationiert werden müsse. Auch wurden Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Bau des Luxusressorts laut. Die Firma Blue Bay Developments, die das Projekt vorantreibt, habe lokale Autoritäten durch kostenfreie Bereitstellung von Privathäusern bestochen. Auch sei die 100-Meter-Schutzzone zum Meer beim Bau der ersten Villen nicht eingehalten worden. Das Königshaus solle sich nicht in Projekte involvieren, die mit Korruption in Verbindung gebracht werden.

STÄDTISCHE ARMUT

Armutsstudien des norwegischen Chr. Michelsen Instituts CMI sprechen von einer wachsenden Ungleichheit zwischen Armen und Reichen in Maputo. Während die Armutsrate auf dem Land und in den Städten allgemein gesunken ist (auf dem Land von 71% auf 55% zwischen 1997 und 2003 und in den Städten von 62% auf 51% im selben Zeitraum), stieg die Armutsrate in Maputo von 47% auf 53% an. Während der Konsum der 20% der Reichsten in der Bevölkerung um 28% angestiegen ist, sank der Konsum der Ärmsten 20% um 13%. Die beengten Wohnverhältnisse, die hohe Kriminalitätsrate und Katastrophen wie Überflutungen und Explosionen haben das Gefühl von Verarmung und Verletzlichkeit bei der Bevölkerung der untersuchten Stadtviertel verstärkt. Die Studie warnt, die hohe Zahl von ausgebildeten aber arbeitslosen jungen Männern und Frauen, die ihr Ideal vom städtischen modernen Leben nicht leben können, könne die derzeitige politische Stabilität auf Dauer gefährden. Die Studien sind abzurufen unter www.cmi.no

STAATSHAUSHALT 2009

Über die Hälfte des mosambikanischen Staatshaushalts für das Jahr 2009 wird von ausländischen Geldgebern finanziert. Planungs- und Entwicklungsminister Aiu-ba Cuereneia teilte mit, der Haushalt für 2009 betrage 774,3 Millionen USD. Davon werden 445,2 Millionen USD von internationalen Gebern beigesteuert.

HÜHNERPRODUKTION

Strengere Einfuhrkontrollen für Hühnerfleisch beleben den Handel mit lokalem Hühnerfleisch. Nachdem die brasilianische Entwicklungsbank über 20 Jahre die Hühnerzucht in Brasilien gefördert hat, sind die brasilianischen Hühnerzüchter zu den weltgrößten Exporteuren für gefrorenes Hühnerfleisch aufgestiegen. Schiffsladungen voller Hühnerfleisch, das im Mittleren Osten nicht verkauft werden kann, werden kurz vor Ablauf des Verfallsdatums zu Dumpingpreisen im östlichen Afrika auf den Markt geworfen. Der mosambikanische Zoll hat nun festgelegt, dass Hühnerfleisch nur noch bis zu 80 Tagen nach dem Schlachtdatum nach Mosambik eingeführt werden darf. Auch wird dafür gesorgt, dass alle mit der Einfuhr verbundenen Steuern abgeführt werden. Dieses Vorgehen hat den Preis für Hühnerfleisch soweit ansteigen lassen, dass die lokalen Produzenten wieder konkurrenzfähig sind. In den letzten Jahren ist die lokale Hühnerproduktion um 400% gestiegen.

ZU WENIG LEHRER

Trotz aller Anstrengungen, die Mosambik in der Ausbildung von Lehrern unternimmt, wird es auch im nächsten Jahr nicht genügend ausgebildete Absolventen geben, um die benötigten 12.000 neuen Lehrer zu rekrutieren. Für das Schuljahr 2009 sollen die in diesem Jahr graduierten 6.900 Pädagogen eingestellt werden. Für die verbleibenden 5.900 Stellen müssen wieder Bewerber eingestellt werden, die keine spezifische Lehrerausbildung haben.

ÜBERPRÜFUNG DER LANDNUTZUNG

Das Landwirtschaftsministerium hat angekündigt, mehr als fünf Millionen Hektar Land zu inspizieren. In Mosambik gehört das Land dem Staat, Investoren können jedoch langjährige Pachtverträge zugesprochen bekommen. Häufig wird jedoch nur ein Bruchteil des zugewiesenen Landes genutzt. In den letzten zwei Jahrzehnten sind große Ländereien an Regierungsmitglieder gegangen, die das Land nicht nutzen, sondern darauf spekulieren, dass sie an ausländische Investoren weiterverpachten können. Mit steigendem Druck auf Ackerland durch die Ausweitung des Anbaus von Agrokraftstoffen, soll die Landnutzung der verpachteten Ländereien nun überprüft werden. Erfolgt nicht die im Pachtvertrag vereinbarte Nutzung, müssen die Pächter Strafen bezahlen oder die Ländereien wieder an den Staat zurückgeben.

ÜBERPRÜFUNG DER MINENLIZENZEN

Auch die Minenkonzessionen sollen einer Überprüfung unterzogen werden. Nach Angaben der Ministerin für Mineralien, Esperança Bias, gibt es Unternehmen, die Konzessionen für den Abbau von Gold, Nickel, Kupfer und Zink haben, die aber entgegen den Verträgen diese Rohstoffe gar nicht abbauen. Es sei aber im Interesse des mosambikanischen Staates, dass die vorhandenen Ressourcen einer Nutzung zugeführt werden. Die mosambikanische Regierung hat 296 Konzessionen an 115 Minenunternehmen vergeben.

MEHR JOURNALISTEN, WENIGER PRESSEFREIHEIT

Die mosambikanische Medienlandschaft expandiert schnell. Derzeit gibt es über 60 Radio- und Fernsehstationen und mehr als 25 regelmäßig erscheinende Zeitungen und Zeitschriften. Mehr als 900 Menschen sind im Medienbereich beschäftigt.

Trotz Öffnung für unabhängige Medien gibt es noch Probleme mit der Re-

spektierung der Pressefreiheit, vor allem außerhalb der großen Städte. Besonders die Distriktadministratoren würden häufig die Freiheit der Presse nicht respektieren. Mosambik hat sich im Ranking des Index für Pressefreiheit des Jahres 2008 wieder signifikant verschlechtert. Nach stetigen Verbesserungen in den Jahren 2004-2006, ist dies nun das zweite Jahr, in dem Mosambik sich verschlechtert, so dass es derzeit Rang 90 von 173 beurteilten Ländern einnimmt.

NOCH KEINE FINANZIERUNG FÜR DAMM

Bislang scheint die Finanzierung für den geplanten Mpanda-Nkuwa Staudamm noch nicht gesichert zu sein. Das Projekt soll 1,65 Milliarden USD kosten und Strom für den Export sowie für weitere Megaprojekte liefern. Das Projekt soll durch ein Konsortium bestehend aus der mosambikanischen Elektrizitätsgesellschaft EDM, der brasilianischen Firma „Camargo Correa“ und der vor Kurzem gegründeten mosambikanischen Firma Energia Capital durchgeführt werden. Das Projekt ist in Verbindung mit einer neuen, 1.400 km langen Starkstromleitung geplant, die zwischen Tete und Maputo gebaut werden soll. Diese soll die Energie des Cahora Bassa Staudamms, des Mpanda-Nkuwa Damms und des geplanten Kohlekraftwerks in Moatize in den Süden des Landes bringen. Bislang wird der Strom vor allem direkt nach Südafrika exportiert und dann von dort wieder reimportiert, um den Süden Mosambiks mit Energie zu versorgen.

CAHORA BASSA ZAHLT SICH AUS

Der Transfer des Cahora Bassa Staudamms (von Portugal an Mosambik) vor einem Jahr zahlt sich für die mosambikanische Regierung aus. Energieminister Namburete gibt an, die Abzahlung der mit dem Staudamm verbundenen Kredite würde wie vorgesehen geleistet und darüber hinaus trügen die Einnahmen aus den Stromverkäufen zum Staatshaushalt bei. Unter den Portugiesen war die Be-

treibergesellschaft HCB steuerfrei; heute unterliegt HCB denselben Steuerpflichten wie andere mosambikanische Unternehmen. Der Damm ist rentabel, weil 1.300 Megawatt seiner Produktion von insgesamt 2.075 Megawatt an die südafrikanische Energiegesellschaft Eskom verkauft werden. Die nationale Stromversorgung wird als Schlüsselfaktor für die Entwicklung des Landes angesehen. Der nationale Verbrauch ist von 300 auf 400 Megawatt angestiegen und nach und nach werden die ländlichen Gebiete Mosambiks an die Stromversorgung angeschlossen. Im laufenden Jahr sind weitere zehn Distrikthauptstädte an die Stromversorgung angeschlossen worden. Trotz der Expansion ist der Zugang zu Strom für die Mehrzahl der Bevölkerung bislang nicht gegeben. Nur 13% der Mosambikaner verfügen über einen Stromanschluss in ihrem Haus. Noch im Jahr 2003 lag die Zahl bei lediglich 7%, die Versorgungsrate konnte also innerhalb der letzten fünf Jahre verdoppelt werden. Auch Malawi und Tansania zeigen sich interessiert daran, Cahora Bassa Strom zu kaufen. Dies ist aber derzeit nicht möglich, da der Damm am Rand seiner Kapazität funktioniert. Zusätzlich zum Mpanda-Nkuwa Staudamm, der unter einem anderen Konsortium geplant wird, will die HCB einen zweiten Damm an der Nordbank des Stausees bauen.

FEUER IN MANICA UND SOFALA

Feuer in Sofala und Beira haben im September 49 Menschen getötet, 2.235 Häuser zerstört und 3 Millionen Hektar Land abgebrannt. In der trockenen Jahreszeit, wenn Bauern traditionell ihre Felder abbrennen, um sie für die Aussaat vorzubereiten, haben ungewöhnlich starke Winde eine Vielzahl der Feuer außer Kontrolle geraten lassen.

AUSWIRKUNGEN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Die fallenden Preise für Öl, Mineralien und andere Rohstoffe werden unein-

heitliche Auswirkungen auf Mosambik haben. Es wird damit gerechnet, dass die Expansion des Kohleabbaus in Tete aufgrund des Rückgangs der internationalen Stahlproduktion verlangsamt wird. Der Stahlproduzent Mittal hat bereits sein Stahlwerk in Maputo kurzzeitig geschlossen und Pläne für ein weiteres Stahlwerk in der Nähe von Matola aufgeschoben. Auch andere geplante Projekte zur Extraktion von Rohstoffen könnten ausgesetzt werden. Der Verfall der Ölpreise stellt die Exploration im Rovuma-Bassin in Frage. Viele Agrokraftstoffprojekte werden wahrscheinlich verschoben, weil die meisten Herstellungsverfahren bei einem Rohölpreis von unter 80 USD pro Barrel (159 l) nicht wirtschaftlich sind. In der Landwirtschaft fallen die Preise für Exportprodukte wie Cashew und Baumwolle. Andererseits verbilligt der niedrige Ölpreis die Kosten für Dünger und Transport und wirkt sich somit positiv auf die lokale Nahrungsmittelproduktion aus. Eine andere Sorge in Mosambik ist, dass die Geldgeber ihre Entwicklungshilfe verringern könnten.

ERDBEBEN IN VIER PROVINZEN

Ende November erschütterten mehrere leichtere Erdbeben vier Provinzen. Ein Beben mit der Stärke 3,9 auf der Richterskala war in mehreren Regionen Nampulas und in Niassa spürbar. Ein Beben von der Stärke 5 erschütterte die Erde in Machaze in der Provinz Manica und in Mabote im Norden Inhambanes. Die Beben haben jedoch kaum Schäden verursacht.

KABELDIEBSTÄHLE

Der Diebstahl von Stromkabeln nimmt weiter zu. Im November wurden in den Außenvierteln von Maputo über 3.000 m Stromkabel entwendet. In den Vormonaten waren bereits in den Zentralprovinzen Sofala, Manica, Tete und Zambézia Kabel im Wert von 700.000 USD gestohlen worden. Die Stahl- und Aluminiumkabel werden an Altmetallhändler

verkauft oder an Handwerker, die daraus Töpfe und Pfannen herstellen. Auch die Telefongesellschaften und die Eisenbahn haben schon seit Jahren Schwierigkeiten mit Kabeldiebstählen.

FEUER IM FINANZMINISTERIUM

Im Oktober hat es im Finanzministerium gebrannt. Das Feuer schloss Dutzende von Mitarbeitern ein. Erst nach zwei Stunden und dem Einsatz der städtischen Feuerwehr sowie der Flughafenfeuerwehr und der Feuerwehr der Aluminiumschmelze MOZAL konnte das Feuer gelöscht werden. Bislang hat es keine Angaben zu möglichen Brandursachen gegeben. In dem Gebäude befindet sich die Abteilung für Öffentliche Ausgaben. Hier werden der jährliche Haushalt aufgestellt und Schlüsseldokumente gelagert, unter anderem auch die Gehaltsabrechnungen der Staatsbeamten.

HANDEL MIT CHINA

Der Handel zwischen China und Mosambik hat im Jahr 2007 ein Volumen von 285 Millionen USD erreicht. Dies ist eine Verachtfachung im Vergleich zu den Zahlen von 2001. China importiert aus Mosambik vor allem Holz. China ist laut Aussagen des Zentrums für Investitionsförderung CPI der sechstgrößte ausländische Investor in Mosambik.

KURZFILM GEWINNT PREIS

Der mosambikanische Kurzfilm „I love you“ aus dem Jahr 2007 hat bei dem Filmfestival „Africa in Motion“ in Großbritannien den ersten Preis in der Kategorie „Kurzfilme von jungen afrikanischen Filmemachern“ gewonnen. Der dreiminütige Film ohne Worte transportiert die Botschaft, dass es ein Akt der Liebe ist, seine Freunde darauf hinzuweisen, dass sie sich vor HIV/AIDS schützen sollen. Der Film ist im Internet abrufbar unter www.theleoaficanus.com/2008/11/10/film-africa-in-motion/

Einleitung Schwerpunkt Kommunalwahlen in Mosambik

Von Andrea Queiroz de Souza

Die RENAMO wird die dritten Kommunalwahlen in schlechter Erinnerung behalten. Die Partei Afonso Dhlakamas hat in keiner einzigen Kommune gewonnen. Selbst die fünf Kommunen, in denen die Partei die letzten Kommunalwahlen im Jahr 2003 gewonnen hatte (Nacala, Angoche, Ilha de Moçambique, Marromeu und Beira), entschieden sich diesmal mehrheitlich gegen die RENAMO. In Beira feierte Daviz Simango einen Erdrutschsieg und wurde mit fast 60% der Stimmen wieder zum Bürgermeister gewählt. In den anderen 42 Kommunen ging die Regierungspartei FRELIMO als Sieger aus den Wahlen hervor. Lediglich in Gurue in der Provinz Zambézia war der FRELIMO-Sieg mit 50,3% knapp, ansonsten konnte die FRELIMO ihr Wahlergebnis im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen noch weiter verbessern. Noch nicht eindeutig waren bei Redaktionsschluss die Wahlergebnisse in Nacala, wo die offiziellen Zahlen eine Mehrheit für den FRELIMO-Kandidaten zählen, die Parallelzählungen jedoch darauf hindeuten, dass kein Kandidat die absolute Mehrheit erreichen konnte und ein zweiter Wahlgang notwendig ist.

Insgesamt fair und transparent

Erstmalig gab die CNE (Comissão Nacional de Eleições – Nationale Wahlkommission) vorläufige Ergebnisse bekannt.



Simango ist in Beira bei der Bevölkerung populär

Radio Moçambique hat eine parallele Auszählung der Stimmen durchgeführt, die sich als relativ präzise erwies. Ergebnisse standen wesentlich schneller zur Verfügung als in der Vergangenheit.

Insgesamt ist die Wahl gut verlaufen. Die Wahlgremien waren gut organisiert, die Wahlverzeichnisse scheinen insgesamt korrekt geführt worden zu sein. Wenige gewalttätige Zusammenstöße zu Beginn der Wahlen konnten schnell unter Kontrolle gebracht werden; lediglich vereinzelt gab es Berichte von Unregelmäßigkeiten, insgesamt wesentlich weniger als bei den nationalen Wahlen im Jahr 2004.

Dominanz der großen Parteien

Neun Parteien und sechs lokale Gruppierungen traten zu den Kommunalwahlen am 19. November an. Allerdings traten lediglich die FRELIMO und die RENAMO in allen 43 Kommunen mit Kandidaten für die Stadträte an, nur die FRELIMO stellte in allen Kommunen Bürgermeisterkandidaten auf, die RENAMO immerhin in 40 von 43 Kommunen. Zwei Parteien, die schon im Jahr 2003 vereinzelt Sitze in den Stadträten gewonnen hatten, traten abermals zur Wahl an: die PDD (Partei für Frieden, Demokratie und Entwicklung), die die drittgrößte Partei des Landes ist und von Raul Domingos angeführt wird, der im Jahr 2000 aus der RENAMO ausgeschlossen wurde und die PIMO (Unab-

hängige Partei Mosambiks). Fünf kleinere Parteien traten in wenigen Kommunen an. Zu den sechs lokalen Gruppierungen zählten auch die GRM, die Daviz Simangos Kandidatur in Beira unterstützte. Insgesamt spielten die kleineren Parteien aber kaum eine Rolle.

Lokale Themen

Der Wahlkampf verlief insgesamt friedlich und ohne größere Zusammenstöße. Im Gegensatz zu den Kommunalwahlen in den Jahren 1998 und 2003 beherrschten lokale und nicht nationale Themen den Wahlkampf. Es ging um die Verbesserung der Müllabfuhr, die Hygienebedingungen in den lokalen Märkten, Straßenbau und den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Je nach den Möglichkeiten der Parteien kristallisierten sich verschiedene Wahlkampfstile heraus. Große Autokarawanen charakterisierten vor allem den Wahlkampf der verhältnismäßig gut ausgestatteten FRELIMO. FRELIMO, RENAMO und Daviz Simango in Beira mobilisierten Massen zu Märschen und großen Versammlungen. Gleichzeitig gingen die Kandidaten auch auf Märkte und von Tür zu Tür, um Einzelne von ihrem Wahlprogramm zu überzeugen. Bei den kleineren Parteien schien es, als würden sich einige nur wenig engagieren, andere jedoch lange Fußmärsche in Kauf nehmen, um mit möglichst vielen Wählern ins Gespräch zu kommen. Vor allem die FRELIMO, aber auch die RENAMO, nutzten staatliche Ressourcen, vor allem Autos, Motorräder, Benzin und Tagegelder, für ihre Kampagne. Die FRELIMO hängte sogar Wahlplakate in staatlichen Gebäuden auf. Im Gegensatz zu vorangegangenen Wahlen, waren diese Wahlen durch Sparsamkeit geprägt. Lediglich die besser ausgestattete FRELIMO verteilte T-Shirt und Tücher mit ihrem Emblem.

Die hohe Wahlbeteiligung von circa 50% (im Gegensatz zu 28% bei den letzten Kommunalwahlen) führte zu langen Schlangen vor den Wahllokalen, die teilweise bis nach Mitternacht geöffnet blieben.

Foto: Gerald Henzinger, www.enlumennet

Bürgermeisterwahlen in Beira

Spannender Dreikampf

Die Bürgermeisterwahl in Beira unterschied sich von den Wahlen in den anderen Städten durch eine besondere Konstellation. Sofala ist traditionell die Hochburg der oppositionellen RENAMO und Beira als zweitgrößte, im Zentrum des Landes gelegene Stadt, von besonderer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung für ganz Mosambik. Querelen in der RENAMO und die Kandidatur des amtierenden und überzeugenden Bürgermeisters Daviz Mbepo Simango als unabhängiger Kandidat, machten die Wahl offen und spannend. Dabei lag in der Luft, dass es sich hierbei um mehr handelte als um eine Bürgermeisterwahl. Die Tatsache, dass Simango als unabhängiger Kandidat eine reelle Chance hatte, die Kandidaten der FRELIMO und RENAMO zu schlagen, deutet auf eine mögliche Veränderung der politischen Landschaft und Entstehung einer neuen, ernstzunehmenden Bewegung. Die Provinzhauptstadt Sofalas stand somit im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit der aktuellen Kommunalwahlen.

Von Elke Zimprich Mazive

Beira, Mosambiks zweitgrößte Stadt, Provinzhauptstadt von Sofala und wichtigster Hafen des Landes in strategisch günstiger zentraler Lage, galt seit den Jahren des Bürgerkriegs als Hochburg der oppositionellen RENAMO. Im Jahr 2003 wurde zum ersten Mal mit Daviz Simango ein Vertreter der ehemaligen Rebellenorganisation als Bürgermeister gewählt. Mit 53,4% der Stimmen setzte sich damals bei den Kommunalwahlen die RENAMO gegen die FRELIMO mit 42,2% durch. Die bis dahin unangefochten regierende FRELIMO musste die Oppositionsbank drücken, sich in dieser neuen und ungewohnten Rolle zurecht finden und einen Bürgermeister der RENAMO akzeptieren. Der Wahlsieg bedeutete damals für die RENAMO unter Beweis stellen zu müssen, dass sie die Amtsgeschäfte einer großen Stadt führen kann.

Überraschung bei der Aufstellung

Fünf Jahre später, am 19. November 2008, wurde in Beira wie auch in den anderen insgesamt 43 Städten und Gemeinden des Landes ein neuer Bürgermeister gewählt. Zwei Wochen vorher, am 5. November, begannen pünktlich mit dem Glockenschlag um Null Uhr offiziell die Wahlkampagnen der Parteien für die Kommunalwahlen.

Das Szenario in Beira ist anders als vor 5 Jahren. In der Stadt, die noch zur Millenniumswende als schmutzigste Stadt in Mosambik galt, hat sich einiges getan. Müllberge an den Straßenrändern und die Nutzung öffentlicher Plätze und Einrichtungen zur Verrichtung der kleineren und größeren menschlichen Bedürfnisse, waren früher eines der Kennzeichen Beiras. Unter Simangos Amtsführung hat sich das Stadtbild deutlich geändert. Wo früher Müllkippen waren, sind heute Parkplätze und Grünflächen. Darüber hi-

naus haben Sensibilisierungskampagnen, Toiletten und die Verbesserung von Abwasserkanälen zur allgemeinen Hygiene und Sauberkeit in der Stadt beigetragen. Aus der früheren Schmutzstadt ist ein Schmuckstück geworden. Dies ist auch nationalen und internationalen Beobachtern nicht verborgen geblieben. Der amtierende Bürgermeister gewann 2007 internationale Anerkennung und Auszeichnungen für die professionelle Ausübung des Bürgermeisteramtes und der hervorragenden Stadtverwaltung im Sinne von



Kontakt mit den Bürgern suchen



Karawanen von Fahrzeugen...

Boa Governação. Seine Reputation als der über Parteigrenzen hinweg erfolgreichste Lokalpolitiker Mosambiks bedeutete auch für die RENAMO einen Zugewinn an politischer Glaubwürdigkeit.

Ende August 2008 beschloss die RENAMO überraschend, Daviz Mbepo Simango, der aufgrund seiner Erfolge weithin auch als potentieller Nachfolgekandidat von Dhlakama für das Amt des Parteichefs der RENAMO gesehen wurde, für die Kommunalwahlen im November nicht wieder als Bürgermeisterkandidat aufzustellen.

Als Reaktion auf die Aufstellung von Manuel Perreira als Kandidat der RENAMO für Beira entschloss sich Simango, als unabhängiger Bürgermeisterkandidat zu konkurrieren und schloss sich der Grupo de Reflexão e Mudança (GRM) an. Folge waren sein Parteiausschluss und ein tiefes Zerwürfnis innerhalb der RENAMO. Zum Einen legten führende Parteimitglieder und Abgeordnete ihre Funktionen innerhalb der Partei nieder und schlossen sich Simango an, zum Anderen wendeten sich die RENAMO-Mitglieder im Stadtrat gegen Simango und traten als Opposition auf. Dies wurde deutlich sichtbar in der gemeinsamen Ablehnung des von Bürgermeister Simango Mitte Oktober 2008 vorgelegten Ergänzungshaushalts durch FRELIMO- und RENAMO-Ratsmitglieder.

Engagierter Wahlkampf

Als parteiunabhängiger Kandidat trat Daviz Mbepo Simango gegen Manuel Pereira (RENAMO) und Lourenço Ferreira Bulha (FRELIMO) an. Weitere Bürgermeisterkandidaten waren Chico Romão (Paz e Desenvolvimento – PDD) und Filipe Manuel Alfredo (Grupo Para Democracia da Beira – GDB).

Der Wahlkampf der drei Hauptkandidaten Bulha, Simango und Perreira unterschied sich hinsichtlich Wahlkampfthemen, Kontakt mit den Bürgern und in der Sichtbarkeit im Stadtbild.

Lourenço Bulha, ein bekannter Unternehmer und langjähriger Parteifunktionär der FRELIMO, stellte vor allem Themen wie Sicherheit und Sauberkeit, Bau von günstigen Wohnhäusern und Freizeitanlagen, Ausweitung der Medikamentenversorgung von AIDS-Kranken, Bereitstellung von Särgen für mittellose Verstorbene sowie lokale Wirtschaftsförderung, Landverteilung- und -nutzung in den Mittelpunkt seiner Kampagne.

Daviz Mbepo Simango stellte bei seinem Wahlmarathon hauptsächlich die Fortführung seiner Schwerpunkte aus der laufenden Amtsperiode in den Mittelpunkt. Dies waren die qualitative und quantitative Verbesserung des Abwassersystems, der Bau öffentlicher Toiletten, von Straßen, Verhandlungen mit der Zentralregierung zur Verbesserung der

Primarschulbildung, Bau neuer Schulen in allen Stadtvierteln, Informations- und Sensibilisierungskampagnen zu Sicherheit sowie Bekämpfung des Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen. Mit dem Slogan „Garantir o Presente, Desenvolver o Futuro, Daviz Simango, o Orgulho Beirense“ (Die Gegenwart bewahren, die Zukunft entwickeln – Daviz Simango, der Stolz Beiras) auf Plakaten, T-Shirts und Fähnchen warben die zahlreichen Anhänger für seine Wiederwahl.

Der Kandidat der RENAMO, Manuel Perreira, sprach in seinem Wahlkampf gleichfalls von der Fortführung der Politik, die die RENAMO in der letzten Amtsperiode unter Daviz Simango entwickelt hatte. Die Bereitstellung von Billigwohnraum, Einrichtung von Kreditfonds, Verbesserung des Abwassersystems und Verbesserung der Märkte waren seine zentralen Themen.

Gerüchte und Spannungen

Den Kontakt mit den Bürgern suchten Bulha und Simango durch große Veranstaltungen und durch Tür zu Tür Kampagnen in den Stadtteilen und auf den Märkten. Karawanen von Fahrzeugen und enorme Menschenmassen zogen durch die Strassen von Bairro zu Bairro. Bulha setzte auch auf die Zeitungen. Mehrseitige Veröffentlichungen seines Wahlmanifestes und Aufzählungen der Errungenschaften der FRELIMO in Beira wurden abgedruckt. Der Besuch von führenden Parteifunktionären, darunter mehrerer Minister, stärkte ihm den Rücken. Anders als der Wahlkampf von Bulha und Simango schien die Kampagne von Perreira nur auf halber Flamme zu köcheln. Obwohl die RENAMO in Beira traditionell ihre Hochburg hat, schien sie anfangs wie ausgelöscht und legte erst wenige Tage vor der Wahl an Präsenz im Stadtbild Beiras zu.

Am Vorabend der Bürgermeisterwahlen stand in der lokalen Tageszeitung *Diário de Moçambique* ein Bericht, in dem der FRELIMO vorgeworfen wurde, sie habe bekannte Delegierte der RENAMO und Abgeordnete der Stadtverwaltung bestochen, um die Wiederholung der Aufstellung Simangos als Bürgermeisterkandidat der RENAMO zu verhindern. Im *Diário* vom selben Tag gab es weitere



... und enorme Menschenmassen

Artikel über angeblich geplante Wahlmanipulationen der FRELIMO, Gerüchte über ähnliche Aktivitäten auf Seiten der RENAMO sowie Berichte zu einem möglichen bewaffneten Eingreifen der Polizei am Wahltag, um die Anhänger Simangos einzuschüchtern. Alles Indizien für die zunehmende Anspannung am Vorabend der Bürgermeisterwahlen, die sich in der Stadt breit machte.

Verlauf der Wahlen

Entgegen den allgemeinen Befürchtungen verliefen die Wahlen in Beira verhältnismäßig ruhig und friedlich. Augenzeugenberichten zufolge entstanden zwar in einigen der Wahllokale Querelen, doch waren diese meist auf Unstimmigkeiten unter den Wählern selbst zurückzuführen. An einigen Wahllokalen in Beira und auch in Gondola kam es allerdings anscheinend vor, dass Wähler von jungen Männern unter dem Vorwand, sie seien nicht am richtigen Ort, zu einem anderen, teilweise kilometerweit entfernten Wahllokal geschickt wurden und dort feststellen mussten, dass sie in die Irre geschickt worden waren. Dieses offensichtlich organisierte Vorgehen wurde von der Wahlbeobachtungskommission benannt, doch blieb unklar, wer dahinter steckte. Reklamiert wurde ferner die Langsamkeit des Wahlprozesses, der mit dazu beitrug, dass bei Schließung der Wahllokale am

späten Abend längst nicht alle Wähler, die zum Teil stundenlang vor den Wahllokalen gewartet hatten, ihre Stimme abgeben konnten. Insgesamt wurden die Kommunalwahlen sowohl von den mosambikanischen als auch den internationalen Wahlbeobachtern als im allgemeinen „ordnungsgemäß und transparent“ beurteilt, wobei eingeräumt wurde, dass es zu kleineren Unregelmäßigkeiten gekommen sei, die allerdings keinen Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt hätten.

Signalwirkung der Wiederwahl

Als eindeutiger Wahlsieger der Bürgermeisterwahlen in Beira geht Daviz Mbepo Simango hervor. Trotz geringfügiger Unterschiede in den vorläufigen Wahlergebnissen der Wahlkommission Beiras (CEC) und den Parallelzählungen der Wahlbeobachter, nach denen Daviz Simango 61,9% (CEC) beziehungsweise 62,1% der Stimmen erhielt, ist unbestritten, dass der amtierende Bürgermeister mit überragender Mehrheit der Wählerstimmen in seinem Amt bestätigt wurde. Hinsichtlich der Auszählungen der für die verschiedenen Parteien für den Stadtrat abgegebenen Wählerstimmen lassen sich überraschende Abweichungen zwischen den Auszählungen feststellen. Entsprechend den Wahlergebnissen der Wahlkommission CEC erhält die FRELIMO im Stadtrat eine absolute Mehrheit von

52,7%. Die Parallelzählung hingegen kommt auf einen Stimmenanteil der FRELIMO von lediglich 41%, was bedeuten würde, dass keine Partei die absolute Mehrheit im Stadtrat hat und die Sitzverteilung wie folgt aussähe: 19 FRELIMO, 17 RENAMO, 7 GDB (eine Bürgerliste), 1 PDD und 1 PIMO. Endgültige Ergebnisse werden von der computergestützten Auswertung der Nationalen Wahlkommission erwartet.

Der Wahlsieg Simangos hat Signalwirkung. Die Tatsache, dass Simango als unabhängiger Kandidat in seinem Amt bestätigt wurde, ist ein eindeutiges Zeichen, dass die Bürgerinnen und Bürger Beiras anerkennen, was er als Bürgermeister in den letzten Jahren geleistet hat und ihm das Vertrauen aussprechen, seine überzeugende Arbeit fortzusetzen. Die Ergebnisse der Bürgermeisterwahl in Beira sind ein Indiz für ein wachsendes Bewusstsein der Bevölkerung parteiunabhängig, personen- und sachorientiert Entscheidungen zu treffen und die ihnen zugestandenen Möglichkeiten zu nutzen, ihre Zufriedenheit oder auch Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Dies sendet eindeutige Signale an die beiden traditionellen Parteien in Mosambik, FRELIMO und RENAMO, und könnte von beispielhafter, zukunftssträchtiger Bedeutung sein für die Entwicklung eines politischen Bewusstseins und für mögliche Veränderungen in der politischen Landschaft auch in anderen Teilen des Landes.

Elke Zimprich Mazive ist Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin des Deutschen Entwicklungsdienstes in Mosambik.

Anmerkung der Redaktion: Kurz vor Redaktionsschluss am 4. Dezember gab die Wahlkommission bekannt, dass die FRELIMO die absolute Mehrheit in Beira nicht erreicht habe.

Kommunale Selbstverwaltung

Weitere Schritte erforderlich

Die Entfaltung der kommunalen Selbstverwaltung wird weltweit als ein erfolgreich erprobter und unverzichtbarer Bestandteil der Entwicklungsbemühungen angesehen. In Entwicklungsländern ohne lokale Verwaltungstradition waren es oft Probleme bei der Umsetzung von Sektorpolitiken, z.B. die Umweltthemen der Agenda 21, die die Einbeziehung der Kommunen erforderten. Gleiches zeichnet sich bei den Millenniumszielen ab. Dezentralisierung bliebe ohne kommunale Selbstverwaltung eine Farce. Mehr Partizipation der Bürger heißt, dass Entscheidungen möglichst nahe am Bürger getroffen werden sollen, also zunächst auf der lokalen Ebene. In Anlehnung an zentrale Vorgaben der UN-Leitlinien zur Stärkung der Kommunen zeigen die Autoren die kommunalpolitische Entwicklung in Mosambik und analysieren Potentiale und Defizite.

Von Ingo Scholz und Carla Reckmann

Mit den „Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen“ haben die Vereinten Nationen (UN) im September 2007 eine Grundlage für ihre eigene künftige Arbeit und die der Mitgliedstaaten verabschiedet, die die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung besonders hervorhebt.

Wo steht Mosambik mit seinen Kommunen, wenn die UN – Leitlinien als Bewertungsmaßstab dienen?

Regieren auf lokaler Ebene

Die Leitlinien betonen, dass politische Dezentralisierung bis auf die lokale Ebene hinunter ein wesentlicher Teil der Demokratisierung ist. Mit den repräsentativen Elementen sollte die partizipative Demokratie „angemessen“ verbunden werden. Die Organisationen der Zivilgesellschaft und der private Sektor sollten eng mit den Kommunen zusammenarbeiten. Die Mitwirkung der Bürger sollte in allen Phasen institutionell gestärkt werden, mit besonderem Augenmerk auch auf Frauen und Jugendliche.

In Mosambik leben bisher nur etwa 25% der Bevölkerung unter einer eigenständigen Kommunalverwaltung. Diese Entwicklung begann ab 1994 mit einer Reihe von Gesetzen. In 33 Kommunen wurde 1998 erstmals gewählt. Zehn weitere wurden 2007 ausgesucht. Die

Regierung geht schrittweise vor, um der geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der kommunalen Orte und ihrer begrenzten Management-Kapazität Rechnung zu tragen. Anfänglich war von 139 Orten die Rede, die Kommunen werden sollten. Zusätzlich sollten 394 Orte („povoações“) noch dazukommen.

Aus ihrer früheren Zeit als Einheitspartei hat die FRELIMO die Secretários do Bairro (eine Art „Ortsteil-Vorsteher“) übernommen, die für den direkten Kontakt zu den Bürgern verantwortlich sind. Daneben gibt es andere „Führer der Gemeinschaft“ (Líderes comunitários), zu denen manchmal auch traditionelle Füh-

rer (Régulos) gehören können. Alle diese Vertreter werden nicht gewählt.

Die Teilhabe der Bürger ist sehr begrenzt. Gefragt werden sie wenig, abgesehen vom Wahlkampf alle fünf Jahre, wenn die Kandidaten auch über die Märkte und sogar von Tür zu Tür gehen, um den Kontakt zu den Wählern zu suchen. Die Organisationen der Zivilgesellschaft stellen in der Regel fest, dass sie als Entwicklungspartner der Kommune nicht ernst genommen werden.

Die Kandidaten für den Stadtrat werden in der Regel nicht von der Parteibasis bestimmt. Bei den Kandidaten für den Bürgermeister reden die Parteizentralen



Foto: Sultan Mussa

Nur 25% der Bevölkerung leben unter einer gewählten Lokalverwaltung



Foto: Sultan Mussa, Konrad-Adenauer-Stiftung

Gefragt werden die Bürger wenig, abgesehen vom Wahlkampf alle fünf Jahre

besonders intensiv mit. Es gibt mehrere Fälle, in denen so etwas wie „Primaries“ (Vorwahlen) stattgefunden haben, und wo die örtlichen Parteimitglieder trotzdem am Ende eine(n) andere(n) Kandidaten anstatt ihres Wunsch Kandidaten vorgesetzt bekamen.

Für die Politiker und Amtsträger fordern die UN-Leitlinien Transparenz und Öffentlichkeit, sowie einen Verhaltenskodex. Ein derartiger Kodex wurde kürzlich in Mosambik veröffentlicht. Es gibt auch Anweisungen, dass die Budgets der Kommunen und die Maßnahmen öffentlich ausgehängt werden. Dies ist nicht überall der Fall. Im Kommunalwahlkampf im November 2008 kamen zahlreiche Vorwürfe der Mittelfehlleitung und –verschwendung auf – von allen Seiten. Wenn nur ein Bruchteil davon wahr ist, muss noch viel an der „good governance“ der Kommunen gearbeitet werden.

Befugnisse und Zuständigkeiten

Die UN-Leitlinien machen das **Subsidiaritätsprinzip** zum grundlegenden Strukturmerkmal: öffentliche Aufgaben sollen von derjenigen Ebene wahrgenommen werden, die den Bürgern am nächsten ist.

Die höheren Ebenen kommen dann zum Zuge, wenn die untere Ebene überfordert ist. Dabei sind die lokalen, regionalen und nationalen Zuständigkeiten klar zu trennen. Die dezentralen Institutionen müssen für ihre Aufgaben die entsprechenden Finanzmittel erhalten.

Mit dem Subsidiaritätsprinzip hat die mosambikanische Regierung ihre Probleme. Das Denken ist weiterhin zentralistisch inspiriert. Als wichtigsten Entwicklungspol und somit Interventionsebene hat sich die Zentralregierung die Distrikte ausgewählt, von denen 128 existieren. Dort soll die Entwicklung vor allem durch zentral vergebene Entwicklungsfonds von ca. 215.000 – 270.000 EUR pro Jahr gefördert werden, insbesondere durch Schaffung von Einkommen und Beschäftigung. Kommunen werden immer noch eher als Kostgänger des Staates angesehen, die die Aufgaben keinesfalls besser erledigen können als der Zentralstaat und denen man ständig auf die Finger sehen muss.

Befugnisse und Zuständigkeiten der Kommunen werden in der Verfassung nicht näher beschrieben, was zu erheblichen Unsicherheiten und Reibungsver-

lusten führt. Lediglich die nationale Gesetzgebung grenzt die Zuständigkeiten näher ein.

In der Praxis werden Kommunen folgende Aufgabenbereiche zugeteilt, die sie aufgrund der finanziellen Zuwendungen nur begrenzt wahrnehmen können: Infrastrukturleistungen wie Hausbau und Stadtplanung, Straßen, Häfen und Flughäfen, Wasser und Abwasser, Abfallwirtschaft. Außerdem die Bereiche Sport und Freizeit sowie Parks, Wirtschaftsförderung und Tourismus.

Verwaltungsbeziehungen

Die UN-Leitlinien fordern, den Status der Kommunen als selbständige nationale Untereinheiten in der Verfassung zu verankern, ebenso ihre Zuständigkeiten, Befugnisse und Pflichten. Andere Ebenen dürfen diese Befugnisse nicht unterlaufen, begrenzen oder behindern. Diese sollen die Kommunen vielmehr in ihrer Aufgabenerfüllung unterstützen. Bei Gesetzen, die die Kommunen betreffen, sollen diese vorher gehört werden. Die Kommunalaufsicht soll gesetzlich eindeutig geregelt sein.

Die Verfassung weist den Kommunen Rechte zu, schränkt sie aber gleichzeitig auch ein. Zu den grundlegenden Rechten gehört das Bekenntnis des mosambikanischen Staates zu eigenständig arbeitenden „Autarquias“, die die Interessen der lokalen Bevölkerung durch demokratisch gewählte Vertreter formulieren und umsetzen sollen. Eingeschränkt wird dies mit dem auslegbaren Zusatz, dass dies nur solange gewährt wird, soweit nationale Interessen und die Mitbestimmung des Staates dadurch keinen Schaden nehmen.

Kommunen unterstehen der nationalen Staatsaufsicht. Diese Vormundschaft bezieht sich laut Verfassung auf die Überprüfung der Gesetzmäßigkeit der administrativen Handlungen der Kommunen. In der Praxis kommt es häufig zu Streitigkeiten über Zuständigkeiten zwischen Kommune und Provinz- oder Distriktverwaltung, und dies nicht nur dort, wo die Oppositionspartei die Kommunalregierung stellt. Die – bisher noch nicht erfolgreichen – Bemühungen des Zentralstaats, der Stadt Beira einen großen Teil des Stadtgebietes zu nehmen und einem Distrikt zuzuschlagen, ist durch die politischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und oppositionsregierter Kommune bedingt.

Finanzielle Ressourcen

Kommunale Selbstverwaltung kann nur bei finanzieller Autonomie funktionieren. Die finanziellen Ressourcen müssen den Aufgaben und Verantwortungsbereichen angepasst sein; es sind meist finanzielle Transferleistungen erforderlich (vertikaler Finanzausgleich), die zusätzlich zu den lokal erhobenen Einkünften gewährt werden.

In der Verfassung wird eine finanzielle Autonomie gewährt, die jedoch in der Praxis durch die geringen finanziellen Mittel den Kommunen nur sehr wenig Gestaltungsspielraum gibt. Vorgesehen ist ein finanzieller Ausgleich zwischen den Kommunen bei Ungleichheiten (horizontaler Finanzausgleich), der mangels verteilter Masse aber bisher keine Rolle spielt.

Die Einnahmenbereiche, die den Kommunen zustehen, sind relativ mager: Steuern auf Eigentum und auf wirtschaftliche Tätigkeiten; Gebühren für Werbung, Bauten, Friedhofsbelegung; Lizenzen für wirtschaftliche und berufliche Aktivitäten. Ohne Zuweisungen des Zentralstaates wären die Kommunen nicht lebensfähig – wie die meisten Kommunen weltweit. Im Jahr 2005 überwies der Zentralstaat aus dem „Fundo de Compensação Autárquica“ an die damals 33 Kommunen ca. 6,4 Mio EUR, für das Jahr 2006 ca. 7,4 Mio EUR. Die Stadt Beira

erhielt davon 730.000 EUR (2005) bzw. 855.000 EUR (2006). Eine kleine Stadt wie Ilha de Moçambique, wegen ihrer historischen Bauten kulturelles Welterbe, erhielt 2005 61.800 EUR, und 2006 72.000 EUR. Der Anteil der kommunalen Überweisungen beträgt im Staatshaushalt gerade mal 1 Prozent.

Entwicklungspotenziale ausschöpfen

In der amtlichen Verlautbarung der Regierung sollen die Kommunen in Mosambik die Beteiligung der Bürger an der Bewältigung der Probleme ihrer Gemeinde ermöglichen, die lokale Entwicklung voranbringen und die Vertiefung und Festigung der Demokratie gewährleisten.

Damit die Kommunen an Leistungsfähigkeit gewinnen, sind weitere – und mutigere – Schritte hin zu mehr Aufgaben und finanzieller Eigenständigkeit nötig. Solange die Kommunen nicht die Chance haben, ihr Entwicklungspotential auszuschöpfen, behindert sich das Land selbst.

Ingo Scholz ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) für Mosambik und Malawi.

Carla Reckmann ist Studentin der Politikwissenschaft, Soziologie und BWL in Freiburg im Breisgau. Sie absolviert zurzeit ein Praktikum bei der KAS in Mosambik.

Vorläufige Wahlergebnisse Bürgermeister (Auszug, Zählung der staatlichen Wahlkommissionen, ohne ungültige Stimmen und kleinere Parteien) Aktuelle Wahlergebnisse sind abzurufen unter www.integridadepublica.org.mz

Munizip	Bürgermeisterkandidat	Partei	Stimmen	%	Munizip	Bürgermeisterkandidat	Partei	Stimmen	%
Maputo	D. Simangö	FRELIMO	244.317	85,7	Quelimane	P. Matos	FRELIMO	22.979	55,55
	E. Namburete	RENAMO		14,3		L. Xarifo	RENAMO		
Tete	C. de Carvalho	FRELIMO	32.721	87,8	Gurue	J. Aniceto	FRELIMO	4.934	
	C. Bento	RENAMO	4.537	12,2		L. Ligonha	RENAMO	4.686	
Xai-Xai	R. Muianga	FRELIMO	7.860		Nacala	C. Ossufo	FRELIMO	21.870	
	B. Mavie	RENAMO	297			M. dos Santos	RENAMO	21.357	
Inhambane	L. Macul	FRELIMO	13.694	85,0	Pemba	S. Yacub	FRELIMO		
	F. Manuel	RENAMO	1.042	6,0		M. Incacha	RENAMO		
Beira	L. Bulha	FRELIMO	43.304	33,9	Lichinga	Augusto Assique	FRELIMO	22.429	68,00
	M. Pereira	RENAMO	3.029			Armando Rachide	RENAMO	8.203	24,70
	D. Simango	GRM	79.150	61,9					

Zur Instrumentalisierung der traditionellen Autoritäten

Marionetten und trojanische Pferde

Machtausübung in Mosambik ist zweigleisig: Während seit Einrichtung der „Autarquias“ im Jahr 1997 in einer wachsenden Zahl von Städten Bürgermeister und Stadträte gewählt werden, regiert der Staat in den ländlichen Gebieten weiterhin ohne Mitbestimmung der Bevölkerung. Außerhalb der Autarquias werden Regierungsämter auf allen Ebenen von oben besetzt. Zunehmend werden inzwischen die früher von der FRELIMO bekämpften traditionellen Führer wieder in die ländliche Regierung mit eingebunden. Das ist eine zwiespältige Angelegenheit, die den heutigen Vorstellungen von Demokratie widerspricht. Aslak Orre beschreibt, wie der Staat die lokalen Führer auf verschiedene Weisen instrumentalisiert und die Risiken, die langfristig damit für die Demokratieentwicklung verbunden sind.

Zusammengefasst und übersetzt von Andrea Queiroz de Souza

Schon in den 90er Jahren begannen einige Machthaber der FRELIMO darüber nachzudenken, wie man einer Schwächung des Staates begegnen könnte. Eine Idee war, sich die außerordentliche Legitimität traditioneller Autoritäten „auszuleihen“ bzw. sie zu „erwerben“. Während noch während des Bürgerkrieges die Macht der traditionellen Chefs von der FRELIMO als illegitim bekämpft worden war, näherten sich Staat und traditionelle Chefs in den 90er Jahren einander wieder an. Diese zunehmende Nähe manifestierte sich im Jahr 2000 in einem Dekret, das den traditionellen Autoritäten verschiedene Funktionen zuweist. Heute nehmen als „Gemeindeautoritäten“ anerkannte Personen, unter ihnen viele traditionelle Chefs, zahlreiche Aufgaben in den Gemeinden wahr: Sie erheben Steuern und Daten, nehmen Polizeiaufgaben wahr, vergeben Landrechte, kümmern sich um die Instandhaltung der Straßen und sind in Projekte in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Entwicklung, Umwelt und Ernährungssicherung eingebunden. Sie sollen dabei helfen, die nationale Einheit zu fördern, indem sie die Landesfahne aufhängen und für die Respektierung der

nationalen Feiertage sorgen. Zu ihren Aufgaben zählen auch die Unterstützung der ländlichen Entwicklung, die Bildung der Bürger durch die Weitergabe von Informationen in wichtigen Bereichen wie Hygiene, sexuelle Beziehungen, rechtsstaatliche Regeln, etc. Gemeindeautoritäten sollen die Partizipation der Gemeinden sicherstellen und für die Bewahrung traditioneller Werte und Gebräuche sorgen. Hier hat der Staat also öffentliche Aufgaben an die traditionellen Autoritäten delegiert. Dieser Vorgang wird als administrative Instrumentalisierung bezeichnet. Schon zu Kolonialzeiten hatten die portugiesischen Kolonialherren in gleicher Weise von den traditionellen Chefs Gebrauch gemacht.

Demokratische Herausforderungen

Mit der administrativen Instrumentalisierung der Chefs ist eine ganze Reihe von Herausforderungen verbunden. Die aktuelle Wiederbelebung der traditionellen Herrschaftsstrukturen öffnet einer „Traditionalisierung“ Tür und Tor. Das kann bedeuten, dass man Herrschaftspraktiken hinnimmt, die den heutigen Werten von Demokratie und Menschenrechten widersprechen. Als Beispiel



Foto: Claudia-Maria Kukla

Ernennung zur Gemeindeautorität

seien nur die Strafen erwähnt, die man Menschen auferlegt, die der Hexerei verdächtig werden. Es stellt sich auch die Frage nach der Rechtssicherheit, dort wo traditionelles Recht im Widerspruch zur staatlichen Gesetzgebung steht. An wen gibt der Staat Verwaltungsaufgaben und Gerichtsbarkeit ab? Handelt es sich um Repräsentanten der Bevölkerung oder um Marionetten, die in Wirklichkeit nicht als Repräsentanten traditioneller Werte angesehen werden können? Was ist mit



Foto: Claudia-Maria Kukla

Wie ist der Staat in der lokalen Bevölkerung verwurzelt?

denjenigen, die sich einer traditionellen Rechtssprechung nicht unterwerfen wollen? Die Verfassung Mosambiks klärt nicht eine einzige dieser Fragen.

Die Wiederbelebung der Machtausübung der traditionellen Chefs ist ein Hinweis darauf, dass die Regierung eine andauernde Zweigleisigkeit der Herrschaftsstrukturen hinnimmt. Auf der einen Seite hat man die Städte (Autarquias), in denen – jedenfalls theoretisch – die Ideale der repräsentativen Demokratie verwirklicht werden sollen, mit Wahlen und einer Rechenschaftspflicht der Staatsrepräsentanten, auf der anderen Seite die ländlichen Gebiete, wo die Verwaltung von den traditionellen Chefs abhängig ist. Es ist wahrscheinlich, dass diese Abhängigkeit fortbesteht, solange sich keine lokalen Institutionen etablieren, die den Staat in der lokalen Bevölkerung verwurzeln und Bande schaffen, die von den Menschen selbst gestaltet werden können („ownership“). Die Zukunft wird zeigen, ob die Einbindung der traditionellen Chefs in die Konsultativräte (IPCCs, siehe S. 22) einen dritten Weg darstellt, der die traditionellen Herrschaftsstrukturen und die lokale Verwaltung demokratisiert. Aber bevor diese neuen Institutionen nicht unter Beweis stellen, dass sie in der Lage sind die lokalen Machtstrukturen zu verändern, muss man davon ausgehen, dass die Entwicklung in Mosambik lediglich eine Neuauflage der in der Kolonialzeit etablierten indirekten Herrschaft ist, mit all ihren Vorteilen und Beschränkungen.

Parteilpolitische Instrumentalisierung

Die neunziger Jahre brachten den Frieden in Mosambik zusammen mit einem Geist der Demokratisierung, einer liberalen Verfassung, dem Ende des Einparteiensstaats und freien Wahlen. Gleichzeitig hat sich die dominante Partei FRELIMO im Staatsapparat eingerichtet und ist umgeben von einer Aura der Unbesiegbarkeit und Unentbehrlichkeit. Die Opposition dagegen scheint immer weniger Einfluss auf die Machtausübung zu haben und immer weniger Chancen, jemals an die Macht zu kommen. Diese Situation und die

jüngsten Reformen haben auf lokaler Ebene folgende Situation hervorgebracht: Die Macht habende Partei kann alle Machtpositionen in den lokalen Strukturen besetzen, in den Provinzen, den Distrikten, den Verwaltungsposten. In den ländlichen Gebieten gibt es keine Wahlen, um die lokale Herrschaft festzulegen und es sind auch für die nächste Zukunft keine geplant. So ist die Besetzung der Posten vor allem durch Parteizugehörigkeit und -interessen bestimmt. Dadurch wird der Spielraum für eine politische Opposition immer kleiner. Es wird deutlich, welche Logik dem Spiel der politischen Kräfte unterliegt: Die traditionellen Autoritäten verhalten sich dem gegenüber loyal, der am meisten zahlt oder verspricht. Hier ist die Macht habende Partei klar im Vorteil, da sie über viel mehr Mittel verfügt, um Wohlverhalten zu belohnen: Geld, Düngemittel, Fahrräder, Motorräder, Uniformen, Reisen – alles bezahlt aus Staatsmitteln. Die Ungleichheit was die Verfügbarkeit von Mitteln betrifft, ist zwischen dem Parteienstaat und den Oppositionsparteien enorm. Zusätzlich kann der Parteienstaat die Chefs über Verwaltungsgesetze disziplinieren. Die Opposition kann dagegen lediglich Versprechungen machen und ist nicht in der Lage, die Chefs parteipolitisch zu instrumentalisieren. Das kann nur die Partei an der Macht.



Foto: Claudia-Maria Kukla

Tradition der autoritären Herrschaft

Ein dritter Weg?

Gibt es einen dritten Weg zwischen den beiden Extremen des Umgangs mit den traditionellen Autoritäten? Einen Weg zwischen dem abrupten Unterbinden traditioneller Herrschaft und der Instrumentalisierung derselben als eine Neuaufgabe der indirekten Herrschaft? Die Möglichkeit einer lokalen bürgerlichen Führerschaft?

In der Praxis hat die Logik der administrativen Instrumentalisierung verbunden mit der parteipolitischen Instrumentalisierung zu etwas geführt, was man als „Neo indirect rule“ (neue indirekte Herrschaft) bezeichnen kann. Die indirekte Herrschaft des Zentralstaats, ausgeübt durch kooptierte traditionelle Autoritäten, ist nicht neu, sondern entspricht dem kolonialen Modell. Neu allerdings ist die parteipolitische Instrumentalisierung, die erst in der postkolonialen Zeit auftritt. Die heutigen traditionellen Autoritäten, die Neo-Chefs, müssen sich auf kompliziertem Terrain bewegen. Ihr Status als „traditionelle Autorität“ beinhaltet die Verpflichtung, die Interessen der Bevölkerung dem Staat gegenüber zu vertreten. Auf der anderen Seite braucht der Staat die Chefs, um staatliche Interessen und Politik der ländlichen Bevölkerung gegenüber zu vertreten. Aber die parteipolitische Instrumentalisierung stellt noch weitere Anforderungen an den Chef, die das Bild noch weiter verkomplizieren: Er soll sich für die Macht habende Partei einsetzen und ihr zuarbeiten. Die Chefs sollen nach drei Seiten hin Rechenschaft ablegen: gegenüber der Bevölkerung, gegenüber der Staatsverwaltung und gegenüber der Regierungspartei. Damit wird klar, dass diese Situation nicht dazu beiträgt, ein grundlegendes Problem zu lösen, dass mit der Anerkennung der traditionellen Chefs einhergeht: das Problem der Rechenschaftspflicht. Wem gegenüber müssen die Chefs Rechenschaft ablegen? Allen oder niemandem?

Der Zwiespalt besteht also fort. Trotzdem gibt es in Mosambik keinen Hinweis darauf, dass die Gefahr eines lokalen Despotismus besteht. Wenn die Chefs sich autoritär verhalten, so ist dies auf ihre Verbindungen mit dem Staat oder der Partei zurückzuführen, der Despotismus kommt von einer zentraleren Stelle. Die



Foto: Claudia-Maria Kukla

Traditionelle Chefs: Wessen Interessen vertreten sie?

Chefs selbst verfügen nicht über genügend Autonomie oder eine ausreichende Machtbasis, um einen lokalen Despotismus zu etablieren. Wenn ein Chef heute auf seine Weise Macht ausübt, die dem Parteienstaat nicht gefällt, zum Beispiel indem er die Opposition unterstützt, so kann man ihn schnell durch staatliche Macht disziplinieren. Aber diese fehlende Autonomie gibt Anlass zu Pessimismus, was die Möglichkeiten zivilerer lokaler Herrschaftsformen angeht. Gebunden durch zweifache Instrumentalisierung und in einem ländlichen Ambiente, dessen Tradition die autoritäre Herrschaft und das geprägt von Zentralismus und politischer Polarisierung ist, bleibt dem Chef wenig Spielraum um einen öffentlichen Raum für Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Langfristige Risiken

Der Parteienstaat versucht, durch die Instrumentalisierung Marionetten zu schaffen, die seinen Zwecken dienen. Aber die Chefs sind doppelt legitimiert und sie sind Akteure mit eigenen Interessen. Ihr Verhältnis zum Staat ist durch Konkurrenz und gegenseitige Abhängigkeit geprägt. In dieser zweideutigen Beziehung besteht die Möglichkeit, dass die traditionellen Autoritäten ihre traditionellen Werte und Eigenschaften über die Anforderungen des Staates stellen. So kann es passieren, dass der Staat sich anstatt von „Marionetten“ eher „trojanische

Pferde“ einhandelt. Der starke Druck der parteipolitischen Instrumentalisierung kann zwar kurzfristig dem Parteienstaat Wählerstimmen verschaffen, langfristig kann er jedoch Kräfte freisetzen, die dem Entstehen eines Nationalstaats entgegenstehen. Für die Zukunft ist es am wahrscheinlichsten, dass sich die Zweigleisigkeit in der staatlichen Verwaltung fortsetzt. Für die Ausübung der Herrschaft in den ländlichen Gebieten bedeutet das ein „Nicht-lösen“ der Probleme und Widersprüche, die mit der Integration traditioneller Herrschaftssysteme verbunden sind, ein „laufen lassen“ (deixar andar), bis eines Tages diese Widersprüche bedrohlicher für die Machtstabilität der urbanen Eliten werden als sie es derzeit sind. Bis dahin dient die neo-indirect rule ihrem Zweck: die Massen im ländlichen Raum auf sicherer Distanz zu halten, Wählerstimmen für den Parteienstaat zu sichern und die dringlichsten Probleme der ländlichen Verwaltung möglichst billig zu lösen.

Der Beitrag basiert auf den Artikeln „Fantoques e cavalos de Tróia?“ und „Integration of traditional authorities in local governance in Mozambique and Angola – the context of decentralisation and democratisation“ des norwegischen Wissenschaftlers Aslak Orre. Orre ist Forscher bei dem Chr. Michelsen Institute CMI. www.cmi.no

Konsultativgremien als Garanten für demokratische Strukturen?

Soziale Kontrolle

„Jetzt reden wir ohne Angst, da wir wissen, dass es ein Gesetz gibt, das uns schützt. Es ist unser Recht, uns zu beteiligen und Dinge anzusprechen. Vorher haben wir nur geflüstert und es hing viel vom guten Willen des Chefs (Administrators) ab, aber nun nicht mehr. Es ist eine Pflicht, unsere Bedenken anzuhören“, so die Aussage eines Mitgliedes eines Conselho Local, dem Konsultativgremium für Bürger in den Distrikten, das per Gesetz von der mosambikanischen Regierung im Jahre 2003 eingerichtet wurde. Hört man solch begeisterte Stimmen in den Distrikten, so scheint es, dass sich in Mosambik doch Einiges in Sachen Bürgerbeteiligung tut. Und tatsächlich gibt es Entwicklungen hin zu mehr Demokratie in Mosambik – einem Land, das sich vor nunmehr 18 Jahren vom Sozialismus verabschiedete.

Von Bianca Reichel

In der aktuellen mosambikanischen Strategie zur Armutsbekämpfung (PARPA II, 2006 – 2009, Art. 252) heißt es: „Armut ist nicht nur der Mangel an materiellen Dingen, sondern auch der fehlende Zugang zu Dienstleistungen, der Ausschluss von Entscheidungsprozessen, das Fehlen von Partizipation, der Amtsmissbrauch öffentlicher Bediensteter (einschließlich Korruption), [...]“. Mit der Einrichtung von Konsultativgremien durch den Staat wird der Bevölkerung eine Plattform zur Meinungsäußerung und politischen Mitwirkung zugestanden. Sie soll helfen, staatliche Pflichten, wie die Erbringung von Dienstleistungen und die Rechenschaftslegung, einzufordern. Dies ist auf Ebene der Distrikte von besonderer Bedeutung. Regierungsvertreter werden dort nicht direkt von den Bürgern gewählt, sondern Administratoren in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt. In diesem Kontext bietet mehr Bürgerbeteiligung eine Chance, öffentliche Finanzmittel bedarfsgerecht und transparent für die Entwicklung in den Distrikten einzusetzen.

Politischer Wille zu Partizipation?

Der in Mosambik seit 1998 eingeleitete Prozess einer schrittweisen Dezentralisierung besteht zum einen in einer Verlagerung der Verfügungsgewalt öffentlicher

Mittel auf die ländlichen Distrikte, zum anderen in der Gründung von Autarquias, kommunalen Selbstverwaltungen. In diesem Kontext begannen bereits Ende der 90er Jahre Geberorganisationen wie UNDP/UNCDF, die Weltbank und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit partizipative Prozesse in den Provinzen und Distrikten zu unterstützen. Aufbauend auf diesen Erfahrungen verabschiedete die Regierung im Jahr 2003 das Gesetz der Lokalen Gebietskörperschaften (LOLE). Es sieht die landesweite Einrichtung von Conselhos Locais – lokalen Konsultativgremien – auf den unteren Verwaltungsebenen der Distrikte, Verwaltungsposten (Postos Administrativos), Lokalitäten (Localidades) und Siedlungen (Povoações) vor. Mit dieser gesetzlichen Verankerung wurde ein erster Schritt hin zur Institutionalisierung von Partizipation auf lokaler Ebene getan.

Jedoch divergieren die Auffassungen zur Rolle dieser Institutionen bei der Regierung, beim zuständigen Ministerium MAE (Ministerium für Staatsverwaltung) sowie der Gebergemeinschaft – Partizipation stößt nicht bei allen Beteiligten in Mosambik auf ungeteilte Begeisterung, da es u.a. als Instrument der Kontrolle verstanden wird. In dieser Hinsicht lässt sich bisher keine klare politische Linie verfolgen.

Erfolgsgeschichte Bürgerbeteiligung?

Die lokalen Konsultativgremien sollen sich laut Gesetzesgrundlage neben den traditionellen Autoritäten vor allem aus Repräsentanten verschiedener Interessengruppen zusammensetzen, die auf unterster Ebene von der Versammlung der Dorfgemeinschaft (Forum Local) ausgewählt werden. Primär sieht das Gesetz vor, dass die Gremien an der Erstellung 5-jähriger Distrikt-Entwicklungspläne sowie jährlicher Haushaltspläne mitwirken sollen. Zudem räumt es ihnen das Mandat zur Kontrolle der Umsetzung dieser Pläne ein. In der Realität finden diese Vorgaben jedoch unterschiedliche Anwendung und meist wird noch sehr wenig Gebrauch von den eigentlich weit reichenden Vollmachten gemacht. Ein Großteil der Aktivitäten der Konsultativgremien dreht sich mittlerweile um die Vergabe von Mitteln aus einem spezifischen Investitionsfonds für Kleinprojekte zur lokalen Wirtschaftsförderung (OIL). Im Moment kann man kaum von einer „Erfolgsgeschichte“ der Conselhos sprechen. Als staatlich eingerichtetes Organ verfolgen sie einen Top-Down-Ansatz und es muss sich noch zeigen, ob sie die Bevölkerung politisch stärken und als sozialer Kontrollmechanismus von unten funktionieren können. Eine schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft in

Mosambik erschwert es außerdem, dass ein breit angelegter interner Meinungsbildungsprozess stattfindet. Die Vertretung eigener Positionen und Interessen gegenüber dem Staat ist schwach ausgeprägt. Für die Bürgerbeteiligung birgt dies das Risiko, dass vor allem starke soziale Gruppen die neuen Konsultativmöglichkeiten nutzen. Aus Erfahrungsberichten wurde dies besonders bei der Vergabe des lokalen Investitionsfonds deutlich, bei dem die Gelder oft an wenige privilegierte Familien geflossen sind. Hier fehlt es noch an einer funktionierenden und verbindlichen Rechenschaftslegung durch die Conselhos.

Auch zeigen sich in Anbetracht der kurzen Geschichte der Partizipation in Mosambik weitere Probleme in der Umsetzung. Die Konsultativgremien sind noch nicht ausreichend in der Bevölkerung bekannt. Außerdem fehlt es an Mitteln und Wegen der Kommunikation und Information, was Auswirkungen auf die Realisierung und Qualität der Versammlungen hat. So ist eine der Folgen, dass die repräsentative Beteiligung häufig eher mangelhaft ausfällt.

Insgesamt hat sich durch die Conselhos Consultativos Locais in Mosambik noch keine einheitliche Praxis der Partizipation herausgebildet. Von Seiten der Distriktverwaltungen existiert ein sehr unterschiedliches Verständnis zu Rollen und Verpflichtungen. Der Grund dafür lässt sich teilweise auf die unbekannte Gesetzeslage und fehlende Rechtssicherheit zurückführen. Andererseits werden einige Gremien auch als Sprachorgane der FRELIMO benutzt und kritische Stimmen teilweise ausgeschlossen.

Hat Partizipation eine Zukunft?

Trotz der genannten Einschränkungen gibt es durchaus Fortschritte im Bereich der Partizipation. So ist schon die Tatsache bedeutend, dass mittlerweile in allen Distrikten des Landes Konsultativgremien eingerichtet wurden und die Bevölkerung zumindest formell die Möglichkeit erhält, sich zu beteiligen. In vielen Gebieten des Landes wählen die Dorfgemeinschaften mittlerweile die Mitglieder der Konsultativgremien – ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung einer demokratischen Kultur.



Foto: Bianca Reichel

Conselho Local: ein Instrument zur Bürgerbeteiligung

In einigen Versammlungen konnte eine wachsende Kultur der Rechenschaftslegung vermerkt werden. Auch bringen die Mitglieder vereinzelt Anliegen der Gemeinschaft in die Conselhos hinein, die nicht nur den limitierten gesetzlichen Vorgaben entsprechen. Dies deutet auf ein gestärktes Selbstbewusstsein gegenüber dem Staat hin. Das einleitende Zitat belegt dies. Als ein Meilenstein ist die Beteiligung von Frauen in den Bürgerräten zu nennen, die per Gesetz Anspruch auf mindestens eine Vertreterin im Vorstand haben.

Vereinzelt haben die Conselhos insgesamt zu einer Aufbruchstimmung in den Distrikten geführt, mit einer Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung und der Stärkung von Selbsthilfeorganisationen. Die für die Mitglieder durchgeführten Schulungen unterstützen diesen Prozess, wenngleich in bescheidenem Umfang. Die Bildung von Vereinigungen wurde stimuliert – speziell im Agrarsektor, wo sie von der Vergabe des Kleinprojekte-Fonds profitieren können.

Resümierend lässt sich nach 5 Jahren Erfahrung mit den Conselhos Locais festhalten, dass es Fortschritte, aber auch noch eine Menge Herausforderungen gibt. Die Conselhos sind ein Instrument der Bürgerbeteiligung, neben dem auch die Observatórios de Desenvolvimento (Foren der Zivilgesellschaft), Foruns Lo-

cals (Bürgerforen der Dorfgemeinschaft) und die Partizipative Haushaltsplanung in einigen Autarquias existieren. Zusammen bilden sie eine strukturelle Basis, um einen längerfristigen Prozess der Etablierung von demokratischen Institutionen der Partizipation anzugehen. Eine große Herausforderung bleibt die schwache Ausprägung von Zivilgesellschaft im Land und die wechselnden Interessen innerhalb der Regierung. Bis zu einer akzeptierten und funktionierenden Partizipation ist es wahrscheinlich noch ein langer Weg, doch zeigt sich immerhin seit einigen Jahren Bewegung in diesem Prozess.

Bianca Reichel, M.A. in International Development, arbeitet zurzeit als Juniorfachkraft im GTZ-Dezentralisierungsvorhaben in Mosambik.

Dezentralisierung im Bildungssektor

Endlich Geld für Kreide

Dezentralisierung ist nicht nur in den allgemeinen Verwaltungsstrukturen ein wichtiges Thema. Auch in den einzelnen Fachsektoren werden schrittweise Entscheidungsbefugnisse und Finanzmittel näher an die Basis verlagert. Adla Barreto beschreibt die Bedeutung der Dezentralisierung für den Bildungssektor und geht dabei besonders auf die Auswirkungen für einzelne Schulen ein.

Von Adla Lima Barreto

Das mosambikanische Bildungssystem funktioniert zentralistisch. Bislang hatten die Schulen so gut wie keine eigenen Befugnisse. Die Lehrer wurden in der Hauptstadt Maputo anhand der eingesandten Dokumente ausgewählt und die Verantwortung für alle Einkäufe für die Schulen lag bei den Distriktvertretungen. Diese Situation führte regelmäßig dazu, dass die Beschaffungen nicht rechtzeitig getätigt wurden und dass das Material nicht auf den Bedarf der Schule abgestimmt war. Die Distriktsbudgets waren so niedrig, dass nicht alle Schulen ausreichend mit Material versorgt werden konnten. So traf man häufig Schulen an, in denen keine Kreide da war. Die Ineffizienz dieses Systems führte dazu, dass Dezentralisierung heute auch im Bildungssektor ein wichtiges Thema ist. Dezentralisierung manifestiert sich an verschiedenen Stellen des Bildungssystems. Anhand der Beispiele Planung, Einstellung von Lehrern und direkten Hilfen für die Schulen können Veränderungen sichtbar gemacht werden.

Planung

Heute werden die Pläne und Budgets für den Bildungssektor auf Grundlage von Informationen erstellt, die aus den Distrikten selbst kommen und an deren Erstellung Schulen und Gemeinden beteiligt werden. Schulen erstellen heute eigene Schulentwicklungspläne (Fünfjahres- und Jahrespläne). Diese werden in einem partizipativen Prozess ausgearbeitet, umgesetzt und analysiert. Innerhalb der Schulen bilden sich Interessengruppen der involvierten Akteure (Schülergruppe,



Foto: Peter Steudtner

Wie sollen Schulen funktionieren ohne Kreide?

Lehrergruppe, Elterngruppe, Gruppe der Leitungsebene). Jede Gruppe kann mit eigenen Vorschlägen zur Planung beitragen, die dann im Plenum diskutiert werden und in die Pläne einfließen. Es kann zwar nicht an den national vorgegebenen Themen (z.B. an den Inhalten des nationalen Lehrplans) gerüttelt werden, aber eine ganze Reihe von anderen Themen können in der Planung verankert werden, so etwa Inhalte für die lokalen Lehrpläne (siehe RB 75 zu Reformen im Bildungssektor). Die Schulen können Entscheidungen treffen zu Baumaßnahmen, Renovierungen, Reinigungsaktionen, Baumbepflanzungen, etc. Aber auch der Schulerfolg der Schüler, die Abbrecherraten und die Gründe für Schulversagen, das Verhalten der Lehrer und Ansätze

zur Verbesserung der Situation der Schüler können in diesem Prozess bearbeitet werden.

Über die ZIPs (Zonas de Influência Pedagógica – Gruppierung von Schulen), die Distriktdienststellen des Bildungsministeriums und die Provinzen werden die Pläne und Informationen zusammengefasst und weitergeleitet, bis sie auf zentraler Ebene im Bildungsministerium ankommen und dort als Diskussionsgrundlage für die Erstellung des Haushalts genutzt werden. Im Oktober 2006 führte das Ministerium für Bildung und Kultur gemeinsam mit den Kooperationspartnern im Bildungsbereich einen partizipativen Workshop zu Planung und Monitoring in Verbindung mit dem Strategischen Plan für Bildung und Kultur durch. Ziel dieses

Workshops war es, Konzepte und Methoden zu entwickeln, wie integrierte Planung und Budgeterstellung im Bildungs- und Kulturbereich durchgeführt werden können. Inzwischen ist die partizipative Planung in den Schulen bereits ein integraler Bestandteil des Bildungssektors.

Einstellung von Lehrern

Bislang wurde die Einstellung von Lehrern auf zentraler Ebene vorgenommen. Die Schulen meldeten ihren Bedarf an den Distrikt, der gab diese Informationen weiter an die Provinz, die wiederum alles an das Ministerium in Maputo weiterleitete. Auf nationaler Ebene wurden die Bewerbungsunterlagen der angehenden Lehrer überprüft und Entscheidungen über Einstellungen getroffen. Ein langwieriger Prozess mit viel zu vielen Akteuren, wodurch Verzögerungen sowie der Verlust von Informationen unvermeidlich waren. Ein schwerfälliger Apparat, der nicht flexibel genug auf die Anforderungen der lokalen Ebene reagieren kann. In Zukunft soll dieser Prozess schrittweise nach unten verlagert werden. Die Provinzen sollen selbst über die Einstellung von Lehrern entscheiden, noch später ist es sogar geplant, diese Entscheidungen den Distrikten zu überlassen. Die nationale Ebene wird sich darauf beschränken, die Eignungsvoraussetzungen für Lehrer zu definieren und über die Einhaltung dieser Regeln zu wachen.

Bislang gibt es jedoch noch einige Schwierigkeiten, dieses Vorhaben tatsächlich in die Tat umzusetzen

Direkthilfen für Schulen

Im Jahr 2003 wurde im Rahmen der Dezentralisierung und mit Unterstützung des Sektorprogramms für Bildung FASE, an dem sich unter anderen auch die deutsche Regierung beteiligt, die Direkthilfe für Schulen (ADE – Apoio Directo às Escolas) eingeführt. Alle Schulen in Mosambik erhalten seitdem ein kleines eigenes Budget, dessen Höhe sich an der Schüleranzahl bemisst. Diese direkt den Schulen zur Verfügung stehenden Mittel, die für Materialkäufe bestimmt sind sollen Lehrer und Schüler im Lehr- und Lernprozess unterstützen.



Weitere Finanzmittel für Baumaßnahmen und Reparaturen?

In der Schule von Mavuzi im Distrikt Sussundenga in der Provinz Manica mit 13 Lehrern und 355 Schülern werden die Auswirkungen der Direkthilfen deutlich. Die Schule erhielt im Schuljahr 2008 zum 9. Mal Direkthilfen in Höhe von ca. 400 Euro durch das ADE-Programm. Interviews mit Lehrern und Schülern zeigen, wie positiv die Direkthilfen in den Schulen wahrgenommen werden. Lehrer und Schüler gaben an, die Eltern müssten nun weniger Geld für Schulmaterial ausgeben, so dass die sozialen Unterschiede zwischen den Schülern zunehmend verwischt würden. Die Motivation der Schüler habe sich verbessert und die Schulabbrecherquote, die teilweise dem Fehlen von Schulmaterial zugeschrieben wird, sei gesunken. Endlich stünden Nachschlagewerke wie Wörter- und Grammatikbücher zur Verfügung, die Lehrer könnten mit den gekauften Stiften und dem Papier selbst Lehrmaterial erstellen und auch die Schulverwaltung sei durch den Kauf von Aktenordnern, in denen Dokumente planvoll abgeheftet werden können, einfacher geworden. Da die Schulen nun selbst entscheiden können, welche Materialien sie kaufen wollen, sind die Einkäufe auf den tatsächlichen Bedarf und die lokalen Prioritäten besser abgestimmt.

Das Direkthilfeprogramm ADE ist ein guter Anfang. Verbesserungsvorschläge für das Programm umfassen die Forderung, den Spielraum der Schulen bei der Auswahl der Materialien zu erweitern. Bislang existiert eine Liste mit zulässigen Materialien, aus der die Schulen ihre Auswahl treffen. Auch steht die Forderung im Raum, die Hilfen für die Schulen weiter zu erhöhen und die Höhe nicht allein über die Anzahl der Schüler festzusetzen, sondern daran zu orientieren, ob die Schule in der Stadt oder auf dem Land ist. Da die ländlichen Gemeinden meistens finanziell schlechter gestellt sind als die Städte, sollten ihnen höhere Hilfen zugewiesen werden. Über ADE hinaus sollten weitere Finanzmittel dezentral zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel Mittel für die Arbeit der Schulräte, für Exkursionen und Studienreisen, für Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen und für kleinere Baumaßnahmen und Reparaturen.

Adla Lima Barreto ist Kapverdianerin. Sie hat in Erfurt in Erziehungswissenschaften promoviert und ist seit 2003 Koordinatorin des Programms GTZ/PEB in der Provinz Manica in Mosambik.

Gemeinden erhalten Anteile an den Waldnutzungsgebühren

Finanzspritzen für lokale Entwicklung

Viele grundlegende rechtliche Reformen hat es in Mosambik in den letzten zwei Dekaden gegeben. Mit der Verfassung von 1990 wurden Regeln, Gesetze, Dekrete sowie andere legale Instrumente weiterentwickelt und implementiert. Außer diesen Reformen des rechtlichen Rahmens wurden weitgehende institutionelle Reformen umgesetzt. Die Institutionen bilden eine Basis für eine gerechte Verteilung von politischen und ökonomischen Ressourcen und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsgruppen. Der Autor schreibt über die Erfahrungen in den Provinzen Sofala und Manica mit der Weiterleitung eines Teils der Waldnutzungsgebühren an die Gemeinden.

Von Jaime Cossa

Politik und Strategie für die forstwirtschaftliche Entwicklung und den Schutz der Wildtiere wurden 1977 festgelegt. Eine umfassende Analyse der Probleme und Möglichkeiten im Sektor wurde durchgeführt und darauf aufbauend sind Strategie und Instrumente für eine Sektorentwicklung erarbeitet worden. Ein Element ist die Beteiligung der lokalen Gemeinden an den Einnahmen der Waldnutzungsgebühren. Seit 2005 gibt es die sogenannten „20%-Mechanismen“. Dies bedeutet, dass 20 Prozent der Waldnutzungsgebühr, die Holzfäller oder die Holzindustrie für die Waldnutzungslicenz oder Konzession an den Staat als Gebühr zahlen, an die Gemeinde abgeführt werden, auf deren Grund die Forstaktivitäten stattfinden. Das Wald- und Wildtiergesetz 10/99 regelt in Artikel 35 diese Gebühr als Resultat von Wald- und Faunaexploration und die Weiterleitung an die lokale Gemeinde.

Damit soll die Beteiligung der ländlichen armen Bevölkerung deutlich verbessert werden. Angestrebt wird ein besseres integriertes Management mit besserem Schutz gegen Feuer und allgemein einem erhöhten Schutz der Waldressourcen. Vorher haben die Unternehmen Waldressourcen erschlossen und genutzt, ohne etwas an die Gemeinde zu zahlen. Als Voraussetzung für den Erhalt der 20

Prozent müssen folgenden Bedingungen erfüllt werden:

- Das Gebietsgrenzen der Gemeinden müssen festgelegt werden, um Landkonflikte zu meiden.
- Die Gemeinde hat potentielle natürliche Ressourcen (Forstwirtschaft und Fauna).
- Sie befindet sich in der Nähe von Schutzgebieten (Nationalparks)
- Die Gemeinde ist frei von Landkonflikten.
- Die Gemeinde muss eine interne Organisation haben (kleine Interessengruppen, Vereine), die bereit ist, an der lokalen Entwicklung der Gemeinde teilzunehmen.
- Die Gemeinde soll ein Komitee bilden, dessen Mitglieder demokratisch von der Bevölkerung gewählt werden.
- Die Gemeinde hat ein Bankkonto eröffnet.

Erfahrungen aus Sofala und Manica

In diesem Artikel werden Ergebnisse zusammengefasst, die bei einer ersten Analyse der Erfahrungen der Gemeinden und ihrer Komitees mit dem Erhalt und der Verwendung der Waldnutzungsgebühren gemacht wurden. Der Autor besuchte zwischen August und September 2008 sieben Gemeinden in der Provinz Sofala und fünf in der Provinz Manica.

Es gab partizipative Treffen mit den lokalen Chefs, den Naturreourcenmanagement-Komitees, Vertretern der lokalen Regierung und der Gemeinden sowie Interviews in Dialogform. Treffen mit nationalen NROs (ORAM-Manica e Tete, Forum Terra-Manica), Landwirtschaftstechnikern und OSEU-MOZ (Organização Suiça de entre-ajuda operária) rundeten das Bild ab.

In Sofala, einer Provinz mit großem Waldbestand, hatten von sieben besuchten Gemeinden zwei ihr Geld noch nicht bekommen. In der Provinz Manica wurden im Distrikt Manica die Gemeinden Chitundo und Madeira besucht, welche seit 2006 jedes Jahr 20% erhalten. Im Distrito Gondola bekommen die Gemeinden Mpinanhanganga und Muda das Geld. Im Distrito Sossendega-Dombe erhält von den besuchten Gemeinden Maquina das Geld und Mpunga-Dombe noch nichts.

Hinsichtlich der Komiteebildung konnte beobachtet werden, dass die Vorbereitungszeit dafür in beiden Provinzen kurz war. Abgesehen von der hohen Analfabetenrate in den Gemeinden war die Wahl der 10 Mitglieder des Komitees schwierig, weil die Mehrheit der Gemeinde an den Gründungstreffen nicht teilgenommen hatte. Ein Grund war, dass die Bevölkerung verstreut und weit voneinander entfernt wohnt. Viele kom-

men meist nur zu Versammlungen, wenn Spenden verteilt werden wie z.B. Kleider oder Nahrung. Die Anzahl der Frauen in solchen Komitees ist sehr gering, da viele Ehemänner eine Teilnahme ihrer Frauen aufgrund von Eifersucht nicht gut finden. Die wenigen anwesenden Frauen trauen sich kaum zu reden.

Erfahrungen der Komitees

Die besuchten Komitees hatten ein Bankkonto mit drei Kontoinhabern, die demokratisch gewählt wurden, allerdings in vielen Fällen Analphabeten sind. Die Bankkonten werden nicht im Namen der Gemeinde bzw. „Comunidade“ eingerichtet, da diese keine Rechtspersönlichkeit darstellen. Die Bankkonten werden daher für die Komitees von drei Privatpersonen eingerichtet. Ein solches „Privatkonto“ ist auch kostengünstiger in der Einrichtung. Die Kontoführung birgt im Falle des Missbrauchs oder auch des Verdachts des Missbrauchs jedoch die Gefahr, dass die Personen nur mit Schwierigkeiten haftbar gemacht werden können.

Obwohl die Gesetze für die 20%-Regelung im Jahr 2005 in Kraft traten, hat die Mehrheit der Komitees bedauerlicherweise erst ab 2006, 2007 und andere sogar erst ab 2008 Geld erhalten. Unklar ist, ob die Provinzdirektionen für Landwirtschaft (Direcções Provinciais da Agricultura) in Sofala und Manica die Differenz noch auszahlen und damit den Verlust ausgleichen werden.

Das Einteilen und die Verwendung der Gelder ist von großer Bedeutung. Ein geringer Teil wird als Kredit für die Gemeinde genutzt oder in der Landwirtschaft, im Handwerk oder für andere Projekte verwendet. In der Praxis gibt es auch Ungereimtheiten: Im Distrikt Maringue (Provinz Sofala, Gemeinde Nhachir) wurde die Zahl der Kontoinhaber von drei auf vier erhöht. Diese vierte Person lässt sich das Geld von der Bank auszahlen und ist unbekannt. Kein Gemeindeglied kann die Situation erklären.

In manchen Gemeinden wie Maneto (Distrikt Maringue, Provinz Sofala) haben die Régulos, die traditionellen Chefs, erheblichen Einfluss auf die Entscheidung, was mit dem Geld gemacht werden soll. Dort wurde beispielsweise der Komiteepäsident wegen Korruption

und Intransparenz bei der Verwendung der 20% entlassen.

Die besuchten Gemeinden und Komitees haben bis heute keine Unterstützung, kein „Capacity Building“ in Bezug auf Buchführung oder die Durchführung kleinerer Geschäfte erhalten. Dies wäre wichtig, da die meisten Mitglieder noch nie größere Geldbeträge in den Händen hatten. Nationale und internationale NROs haben sie nur bei Landbegrenzung, Komiteebildung und Kontoeröffnung begleitet. Selbst diese Trainingsseminare z.B. zur Erläuterung der Landgesetze oder Sensibilisierung der Bevölkerung für Naturressourcenmanagement waren sehr begrenzt und dauerten maximal zwei Wochen.

Die Gemeinden haben keine Partner. Es fehlt professionelle Begleitung beim Finanzmanagement, bei Projektauswahl und Umsetzung. Zum Beispiel wurde in der Gemeinde Muda (Distrikt Gondola, Provinz Manica) eine Maismühle gekauft: Ohne Wartung ging die Maschine in wenigen Wochen kaputt. In Sussundenga-Manica hat die lokale Regierung dem Komitee der Gemeinde Maquina befohlen ein Motorrad zu kaufen, – das natürlich für den Vorsitzenden allein gedacht war -, sowie 10 Fahrräder für die Gemeinde.

Entwicklungspotentiale besser nutzen

In die ländlichen Entwicklungspläne der Distrikte sind die 20 % einbezogen worden. Bei Debatten über die Planung sind

die 20% in vielen Fällen aber kein Thema. Es fehlen der politische Wille und die Kapazitäten vor Ort. Die Distriktregierungen beraten die Komitees schlecht. Sie empfehlen, sich um die Infrastrukturmaßnahmen zu kümmern, also das Geld beispielsweise für den Wegebau zu nutzen, was aber eigentlich Aufgabe des Staates ist.

Aus den beobachteten Problemen und Missständen ergeben sich folgende Empfehlungen:

- Die Regierung sollte bedingungslos die noch nicht ausgezahlten 20%-Beträge nachzahlen, für die Zeit seit der das Gesetz gültig ist (2005).
- Nationale und internationale NROs sollten sich im Capacity Building der Gemeinden mehr engagieren, damit die Projekte nachhaltiger werden.

Für die Gemeinden wäre es wichtig, einen Trainingsplan und ein Programm zu organisieren, um die richtige Nutzung der eigenen Gelder zu verbessern und die Entwicklungskapazität der Gemeinden zu stärken. Eine zielgerichtete Gemeindeentwicklung bzw. „Community development“ eingebettet in einen holistischen und integrierten Ansatz der „community mobilization“ tut Not.

Gemeinden und NROs brauchen unkomplizierte, angepasste Trainingsunterlagen, die sie über die Umsetzung von wirtschaftlichen Geschäften und die Grundlagen des Naturressourcenmanagements informieren. Der DED unterstützt deren Erstellung.



20% der Lizenzgebühren für die Gemeinden

Foto: Beatrice Tschinkel

- Bei der Begleitung und Stärkung der Gemeinden sollten die Partnerorganisationen auf einen Capacity Building-Plan, auf enges Monitoring und Evaluation achten, denn eine oberflächliche Betreuung nützt nichts.
- Zwischen den Komitees sollte es Informations- und Erfahrungsaustausch geben.
- Das Bankkonto sollte im Namen des Komitees/Verein registriert werden, um zu verhindern, dass die drei Kontoinhaber das Geld missbrauchen oder mit ihm verschwinden. Hierfür müssten die Gemeinden einen rechtlichen Status erhalten oder die Anerkennung der Komitees/Vereine sollte vereinfacht werden.
- Die 20% sollten für kleinere Geschäfte zum Nutzen der Gemeinde verwendet und nicht für Infrastruktur ausgegeben werden. Letzteres ist eine öffentliche Aufgabe.

Perspektiven

Landbegrenzung, Vereins- und Komiteebildung sind langwierige Prozesse und müssen durch die Entwicklung von Kapazitäten unterstützt werden, da sonst keine nachhaltige Entwicklung bewirkt wird. Entscheidend für erfolgreiche Entwicklung ist der politische Wille der Entscheidungsträger. Wenn den Armen zu viel versprochen und dies nicht eingehalten wird, kann es zu Enttäuschungen, Unmut bis hin zu Rebellion kommen. Vie-



Foto: Peter Steudtner

Wie kann die Gemeinde die Gelder sinnvoll einsetzen?

len Gemeinden mit Forstressourcen wurden 20% versprochen, aber nichts oder wenig gezahlt oder getan. Das Resultat ist, dass der Waldbrand überall in Sofala und Manica aus Sabotage-Gründen zugenommen hat. Woanders werden Waldbrände z.B. zur Rattenjagd gelegt oder Brandrodung für die Gewinnung neuer Landwirtschaftsflächen durchgeführt. Wenn die Gemeindemitglieder nichts von den versprochenen 20% sehen, sondern nur Unternehmer und Staat verdienen, dann sagen viele, dass sie nichts zu verlieren hätten, und zünden die Wälder an – damit niemand daran etwas verdient.

Zukünftig soll mit armen Bevölkerungsgruppen zusammen geplant, Maßnahmen implementiert, gesteuert und evaluiert werden. Mechanismen sollen gestärkt werden, die eine transparente Nutzung der Ressourcen erlauben. Partnerschaftliche Zusammenarbeit heißt, die Armen mitdenken, mitentscheiden und auswählen zu lassen, denn nur so kann den Armen geholfen werden.

Dr. Jaime Cossa wurde 1962 in Mosambik geboren und studierte in Deutschland Tropische und Subtropische Landwirtschaft. Er promovierte ebenfalls in Deutschland und ist seit 2008 für den DED in Mosambik tätig.

Wahlkommentare

(Pressespiegel)

„Die Wahlergebnisse, insbesondere das Phänomen des Daviz Simango in Beira, haben ein Problem offensichtlich werden lassen: Es gibt keinen Dialog innerhalb der RENAMO, ihr Präsident ist ein Autist und die anderen dürfen nichts sagen als „Ja, Herr Präsident“... Die FRELIMO weiß, dass Dhlakama ein ernstzunehmender Gegner ist, der populär ist. Ich habe eine perverse Formel: Dhlakama ist die RENAMO, ohne Dhlakama verschwindet die RENAMO. Schon öfters in der Geschichte war dies das Schicksal despotischer Parteien.“ (Carlos Serra Senior, Webseite „Diario de um Sociólogo“, 29.11.)

„Der Populismus und die Demagogie haben gewonnen. Verloren hat das Volk... Wenn man

Hoffnungen hatte, dass eine politische Opposition sich herausbilden und gestärkt aus den Wahlen hervorgehen würde, so haben sich diese Hoffnungen zerschlagen, so mangelhaft und armselig war das Bild, das die Opposition abgab.... Es dominiert ein Regierungsstil, der die Massenveranstaltungen und -umzüge zur Politik erhoben hat. Die Form ist wichtiger als der Inhalt bei allem, was die Regierung tut... alles ordnet sich dem eisernen Willen zur politischen Dominanz unter... Die finanzielle und politische Stärke, der Nepotismus, die verschleierte und direkten Drohungen, die stark politisierte Regierungsverwaltung, die aktive Einflussnahme der Partei auf die Regierungsorgane durch das Netzwerk von Parteizellen, alles das wird als Instrument genutzt, um das politische Überleben abzusichern und einseitig wirtschaftlich zu profitieren...“ (Noé Nhandumbo, Canal de Moçambique, 24.11.)

„Die langen Schlangen vor den Wahllokalen zeigen, dass die Bürger zunehmend erkennen, dass die Kommunalpolitik ihre Sache ist“ (Deutscher Wahlbeobachter, 21.11.)

„Diese Kommunalwahlen haben uns zwei Lektionen aufgezeigt: Zum einen die Wichtigkeit einer politischen Arbeit an der Basis, die mit einer Neustrukturierung der Oppositionsparteien einhergehen müsste. Nur so könnte z.B. die RENAMO wieder aus ihrer Krise herausfinden. Zum anderen müssen Finanzierungsinstrumente gefunden werden, die den Parteien einen Kommunalwahlkampf möglich machen... Ansonsten ist die FRELIMO einseitig im Vorteil, weil sie auf Ressourcen des Staates zurückgreifen kann, um – illegalerweise – ihren Wahlkampf zu finanzieren.“ (Salomão Moyana, Magazine Independente)

Reflektionen vom KKM-Herbstseminar 2008

Auf dem Holzweg?

„Wenn die Waldnutzung so fortgeführt wird, gibt es in fünf bis zehn Jahren keinen Wald mehr in Mosambik“, warnt eine Waldstudie (RB 69). Seitdem erfährt das Waldthema in Mosambik eine größere Aufmerksamkeit, ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen hat sich zu den „Amigos da Floresta“ (Freunde des Waldes) zusammengeschlossen. Auf dem Herbstseminar des KKM konnten Interessierte mehr zur Situation und Perspektiven erfahren.

Von Ulla Rinke und Andrea Queiroz de Souza

Brandrodung, Holzkohlegewinnung, illegaler Holzeinschlag. Mosambik verliert jährlich 210.000 ha Wald. Eindringlich sind Zahlen und Bilder, die der diesjährige Gast aus Mosambik, Carlos Serra Junior, ehrenamtlicher Vertreter des Netzwerks „Amigos da Floresta“ und der Umweltorganisation „Justiça Ambiental“ und hauptamtlich im Justizministerium für die Fortbildung angehender Justizbeamter und Richter vor allem im Bereich Umweltgesetzgebung tätig, den TeilnehmerInnen präsentiert. Gleichzeitig macht er deutlich: Eine Gegenbewegung ist entstanden und die ist, wenn auch jung und klein, aktiv, lebendig und gut organisiert. Recherchen nach großen Holzlagern über Google Earth, Rap-Musik-Videos, die jüngere Menschen sensibilisieren sollen – die mosambikanischen Umweltschützer haben jede Menge Ideen, wie sie ihre Ideen und Forderungen an die Öffentlichkeit bringen können. Wehrte sich die Regierung anfangs noch gegen die Vorwürfe der Waldzerstörung mit der Behauptung, es gäbe jede Menge Wald und keinerlei Probleme, so setzen sich Regierung und Umweltgruppen zunehmend zum Dialog an einen Tisch. Vereinzelt wird stärker gegen illegale Holzeinschlagspraktiken vorgegangen, wenn auch immer noch viel zu punktuell. „Leider passiert immer erst etwas, wenn das Holz schon auf den Lastwagen ist oder im Hafen. Präventives Handeln wäre sehr wichtig“, stellt Serra fest. Eine Möglichkeit dafür ist die Einbeziehung der lokalen Gemeinden in die Entscheidungen über und den Profit aus ihren eigenen Naturressourcen. Wie wichtig und gleichzeitig schwierig das ist,

zeigen die Ausführungen der Juristin Grit Ludwig, die mehrere Jahre als Beraterin für Gemeinden in Nampula tätig war. Corinna Hoelzel von Greenpeace machte deutlich, wie stark die Nachfrage aus dem reichen Norden und unsere eigenen Konsumgewohnheiten mit den Entwicklungen im Süden verbunden sind. Holz wird in immer größeren Mengen benötigt für Möbel, Bauholz, Zellstoff und Papier. Auch die wachsende Nachfrage nach Agrokraftstoffen ist mitverantwortlich dafür, dass immer mehr Wälder der Plantagenwirtschaft weichen müssen. Hoelzel betont die Verantwortung des Nordens, die Notwendigkeit von Moratorien zur Waldzerstörung, die Abschaffung der Quoten für Agrosprit und die Reduktion des Ressourcenverbrauchs.

Perspektiven

In den Arbeitsgruppen wurden dann konkrete Handlungsbeispiele vorgestellt: Umweltbildung über Radionovelas der Deutschen Welle, ein Bambusbauprojekt in Gorongosa, das Alternativen zur Holznutzung aufzeigt, eine Schulpartnerschaft junger Tischler und Beratung von Nationalparkbewohnern, um die Interessen der Bewohner und die Schutzinteressen auszubalancieren.

Elísio Macamo stellte das Thema schließlich in einen größeren Zusammenhang, indem er das Thema Wald in Mosambik als Ausdruck der Beziehung zwischen Regierung und Gesellschaft betrachtete. Das Thema verdeutlichte zum Beispiel, dass der Bezug zwischen Abgeordneten und der Basis fehle, die Politiker würden nicht die Interessen einzelner Be-



Carlos Serra Junior

völkerungsgruppen, z.B. hinsichtlich des Schutzes oder der Nutzung des Waldes vertreten. Die Diskussion zeige das Fehlen einer konstruktiven politischen Auseinandersetzung.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde noch einmal auf die Rolle Chinas eingegangen, das in diesem Zusammenhang oft als Sündenbock an den Pranger gestellt wird. Es wurde die Frage in den Raum gestellt, ob China nicht lediglich erfolgreicher als der Westen die kapitalistischen Regeln der Gewinnmaximierung umsetze. In Mosambik jedenfalls sei die Wahrnehmung Chinas wesentlich differenzierter, da ein positiver Aspekt sei, dass man nun gegenüber den westlichen Gebern mehr Handlungsspielraum habe, da Kooperationsalternativen bestehen.

Radionovela-Bildungsprogramme der Deutschen Welle

Warum sind Reifen nicht weiß?

Wie können Bildungsthemen so transportiert werden, dass sie für junge Menschen interessant sind und nicht als bevormundend erlebt werden? Mit den Radionovelas des Programms „Learning by Ear“ beschreitet die Deutsche Welle neue Wege in Afrika und wendet sich damit vor allem an Jugendliche in den Städten.

Von Claudia Bröll

Joaquin versteht die Welt nicht mehr. Da schickt er an seine Flamme Yolanda eine SMS, und auf unerklärliche Weise landet die Mitteilung nicht bei der Verehrten, sondern bei deren Freundin. Yolanda ist darüber alles andere als entzückt. Zum Glück taucht ein guter Freund auf, der Joaquin einen vermeintlichen Ausweg aus dem Schlamassel zeigt – und ihm gleichzeitig eine Lektion in Kommunikationstechnik erteilt.

Wenn es nach dem Wunsch der Deutschen Welle (DW) geht, werden bald tausende Jugendliche in Mosambik und anderswo in Afrika vor dem Radio sitzen, um die kleinen Auseinandersetzungen zwischen Yolanda, Joaquin und ihren Freunden zu verfolgen. Bisher war der deutsche Auslandssender vor allem für seriöse Nachrichtensendungen und informative Beiträge bekannt. Jetzt ist die Afrika-Redaktion in die Produktion von „Radionovelas“ eingestiegen, eine Art Seifenoper für das Radio. Um Unterhaltung geht es bei den zehn Minuten langen Beiträgen, die in sechs Sprachen von Kisuaheli, Amharisch bis Portugiesisch und Französisch produziert werden, jedoch nur vordergründig. Von einer „Bildungsoffensive“ in den Afrika-Programmen der Deutschen Welle ist die Rede. Nicht umsonst nannten die Bonner das Programm „Learning by Ear“ und ließen es sich mit 1,4 Millionen Euro aus den Afrikafördermitteln des Auswärtigen Amtes finanzieren.

Nase voll vom Zeigefinger

„Die Mosambikaner lieben Radionovelas“, sagt Irene Tembe, eine 24 Jahre alte Nachwuchsschauspielerin aus Mosambik, die sich gerade mehrere Stunden

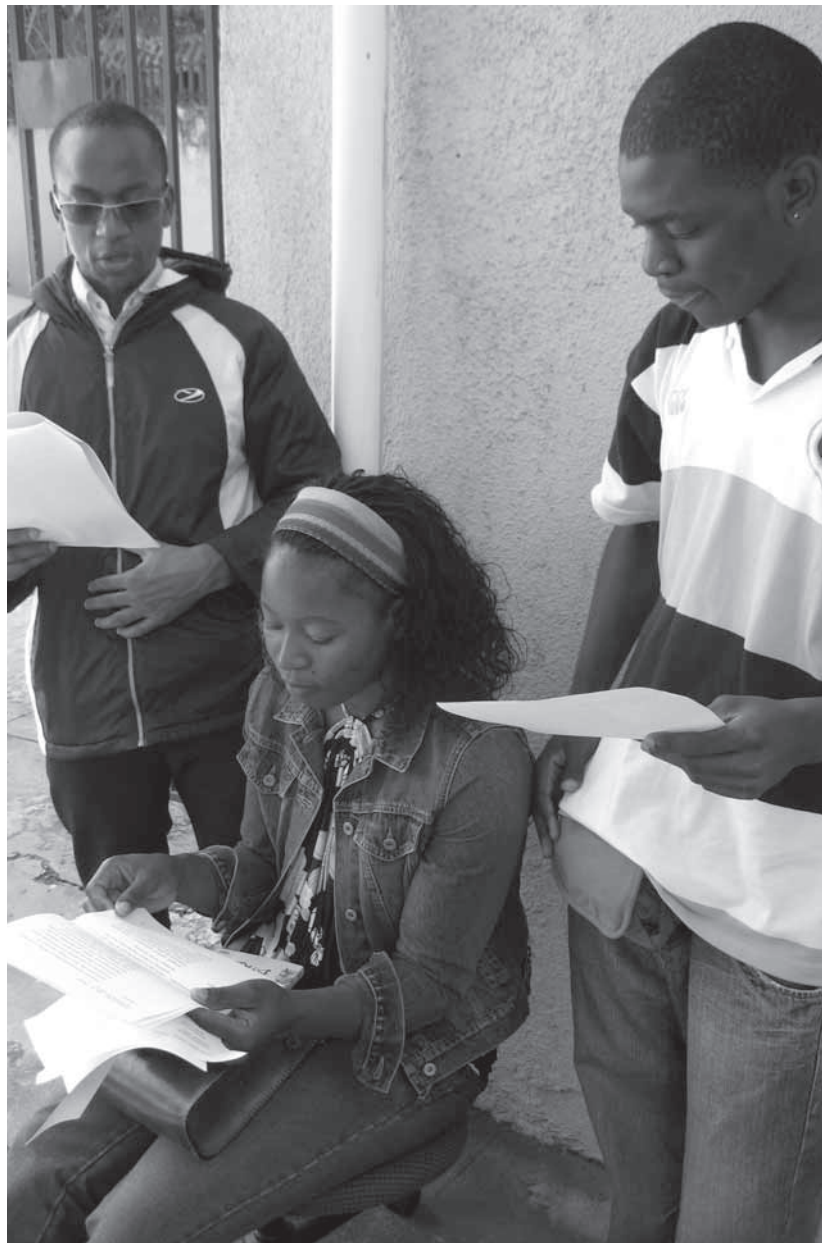


Foto: Johannes Beck

Radio als unterhaltsames Bildungsmedium

lang als Yolanda vor dem Mikrofon ins Zeug gelegt hat. „Meine Freunde und Familienangehörigen fragen mich ständig, wann es endlich losgeht.“ Ihrem Schauspielkollegen Elliot Alex gefällt vor allem, dass in den Bildungsprogrammen der erhobene Zeigefinger fehlt. „Die Jugendlichen hier haben die Nase voll von all den Belehrungen, beispielsweise über AIDS und andere Krankheiten. Wenn die Botschaften in eine Geschichte verpackt werden, kommen sie besser an“, ist der junge Afrikaner überzeugt.

In der Episode über Gesundheitsthemen beispielsweise wird der Alltag in einer Wohngemeinschaft in einem Schülerwohnheim nachgestellt, in der die Jungs mit der Landlady eine pfliffige Verabredung treffen: Toilette putzen und dafür weniger Miete zahlen. Um Mädchen bei der Emanzipation zu helfen, haben die Autoren eine Art afrikanische Pippi Langstrumpf erfunden. Sie hilft ihren Freundinnen, wenn sie von ihren Eltern in eine Ehe gezwungen werden, und überzeugt die Mädchen vom Nutzen der Schule. Neben anderen wichtigen Themen wie Umweltschutz und politische Partizipation werden aber auch kuriose Alltagsfragen geklärt. Wie kommt die SMS von einem Handy zum nächsten? Oder warum sind Autoreifen schwarz? Letztere Frage dürfte in einem Land, in dem so mancher seine Autoreifen mit Schuhcreme einreibt, auf besonderes Interesse stoßen.

Fortführung von Erzähltraditionen

In Afrika spielt das Radio als Medium eine weitaus größere Rolle als in Europa. „In ländlichen Gebieten gibt es kaum Fernseher, keinen Internetzugang, keine Zeitungen. Den meisten Menschen bleibt nur das Radio als Informations- und Bildungsmedium“, sagt Johannes Beck, der Leiter der Portugiesischen Redaktion der Deutschen Welle. Außerdem sei das Radio die Fortführung jahrhundertealter afrikanischer Erzähltraditionen. Und Bildungsprogramme hätten den Vorteil, dass sie auch in Ländern ausgestrahlt würden, in denen keine Pressefreiheit herrsche.

Die Episoden für die portugiesischsprechenden Hörer werden derzeit im Zentrum von Maputo aufgenommen, in einem kleinen Hinterhofstudio. Wie als Bestätigung der Klischees über Afrika



Foto: Johannes Beck

Einüben der Textpassagen

rosten in der Einfahrt zwei VW-Käfer vor sich hin. Irene und Elliot proben ihre Textpassagen im Freien. Eigentlich gehört das Studio Radio Capital, einem der fünfzehn Sender in der Stadt mit einer Million Einwohnern. Jetzt hat sich die Deutsche Welle dort eingemietet – nicht ohne ein paar Veränderungen vorzunehmen. „Wir haben Schaumstoffmatratzen an die Wand gehängt, um die Tonqualität zu verbessern“, erklärt der DW-Tonmeister, „in Afrika muss man improvisieren, aber dann geht alles.“

Einheimische Produkte

Dass die Radionovelas in afrikanischen Ländern – neben Mosambik auch in Ruanda und Senegal – produziert werden, hat seinen Grund. Die Beiträge sollen authentisch bleiben und vom Hörer als einheimisches Produkt wahrgenommen werden. Die Autoren der meisten Episoden stammen vom afrikanischen Kontinent, wie auch die Sprecher. In Maputo etwa arbeitet die Deutsche Welle mit jungen Schauspielern des Teatro Avenida zusammen, das der Bestsellerautor Henning Mankell berühmt gemacht hat. Für diese

Nachwuchsdarsteller bietet „Learning by Ear“ eine Gelegenheit, ihrem Traum von der großen Karriere ein Stück näher zu kommen – und Geld zu verdienen. Fünfzig Euro bekommen sie am Tag, das ist mehr, als viele ihrer Landsleute im Monat verdienen.

Die Deutsche Welle hegt mit den Radionovelas große Pläne. Der Auslandssender erreiche im Afrika südlich der Sahara dreißig Millionen Hörer, sagt Ute Schäffer, die Leiterin der Afrika- und Nahostprogramme. Theoretisch könne jeder von ihnen sich auch bei „Learning by Ear“ einschalten. Bisher sollen die Beiträge über die Frequenzen der Deutschen Welle und über zweihundert Partnersender ausgestrahlt werden, vornehmlich in den Städten. Langfristig sei eine Ausdehnung auf ländliche Regionen geplant. Schließlich sei der Bedarf an Bildung dort höher – und das Interesse an Unterhaltungssendungen womöglich auch.

Claudia Bröll ist Redakteurin der FAZ in Südafrika. Der Artikel ist ein Nachdruck aus der FAZ vom 23.06.2008.

Zur Situation des Koordinierungskreises Mosambik

Wie geht es weiter?

Vor einem Jahr erschien im Rundbrief 74 ein Artikel zur Situation des Koordinierungskreises Mosambik (KKM) und möglicher Zukunftsperspektiven. Seitdem wurde verstärkt nach Finanzierungsmöglichkeiten gesucht, wurden verschiedene Zukunftsperspektiven ausgelotet. Trotz aller Bemühungen stellt sich weiterhin die Frage: Wie geht es mit dem KKM im Jahr 2009 und darüber hinaus weiter?

Von Tabea Behnisch

Am 7. November 2008 lud der Koordinierungskreis Mosambik zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ein, um über die Entwicklungen und Veränderungen innerhalb des Vereins zu berichten und zu diskutieren. Hierbei ging es um die Frage, wie die Arbeit des KKM in Zukunft weitergeführt werden kann, obwohl die Finanzierung des nächsten Jahres noch nicht vollständig gesichert ist.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass der KKM – wie die meisten kleinen entwicklungspolitischen Vereine – auf externe Finanzierungsinstrumente angewiesen ist, da die eigenen Mittel nicht ausreichen, um eine kontinuierliche Arbeit des Vereins zu gewährleisten. In den letzten vier Jahren ging es dem KKM finanziell sehr gut, da die nordrhein-westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung zwei zweijährige Projekte im Rahmen der Bildungs- und Informationsarbeit förderte. Diese Förderung lief aber Ende 2007 aus und konnte nicht durch zusätzliche andere Finanzierungsmöglichkeiten kompensiert werden. So gibt es schon seit Jahresbeginn 2008 keine hauptamtlichen Mitarbeiter mehr im KKM, Kernaufgaben wurden ehrenamtlich oder durch Honorarkräfte wahrgenommen.

Perspektiven für 2009

Wie sehen aber die Perspektiven für die Arbeit 2009 aus?

Die Suche nach Zukunftsperspektiven prägte die Vorstandsarbeit des letzten Jahres und auch auf den letzten Mitgliederversammlungen wurde lebhaft nach neuen Wegen gesucht. Mit vielen „kleineren“ Anträgen bei Organisationen,

die unsere Arbeit in den letzten Jahren konstant gefördert haben, wie der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) oder InWent, werden wir versuchen unsere Aktivitäten zu finanzieren. Die Beschäftigung einer hauptamtlichen Kraft wird im kommenden Jahr wahrscheinlich nicht möglich sein. Deswegen wurde ein Modell entwickelt, bei dem einige Aufgaben auf Honorarbasis vergeben, andere durch ehrenamtliches Engagement abgedeckt werden. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Arbeitsgemeinschaften gebildet, welche die Kernaufgaben des KKM weiterführen sollen. Die vor diesem Hintergrund entstandenen Arbeitsgemeinschaften beschäftigen sich mit der Planung und Durchführung des entwicklungspolitischen Seminars und der Schulpartnerschaftswerkstatt sowie mit dem Rundbrief. Alle weiteren anfallenden Aufgaben werden vorläufig von den beiden Vorstandsmitgliedern Peter Steudtner und Tabea Behnisch übernommen. Wir hoffen hierfür die Fördermittel im Rahmen einer halben Stelle zu bekommen.

Um Kosten zu sparen, wird der Koordinierungskreis außerdem zum Ende des Jahres 2008 seine Räumlichkeiten unter der alten Adresse verkleinern.

Diese Lösungsansätze können eher als kurzfristig angesehen werden, ermöglichen sie es dem KKM doch weiterhin, seine Arbeit – wenn auch wahrscheinlich in abgeschwächter Form – fortzuführen. Was diese Ansätze jedoch nicht können ist, die Finanzierung des KKM dauerhaft auf sicheren Boden zu stellen. Eine mögliche Perspektive bietet dabei eine stärkere Kooperation mit anderen Vereinen, die ähnliche Ziele und Schwerpunkte ver-

folgen. Hierzu steht der KKM seit einiger Zeit im Gespräch mit zwei Vereinen: KOSA (Koordinierung Südliches Afrika) und ISSA (Informationsstelle Südliches Afrika). Gemeinsam wurde ein erstes Konzeptpapier entwickelt, Vorgespräche mit potentiellen Förderern sind für den Jahresbeginn 2009 geplant. Das nächste Jahr wird eine Art Probejahr für den KKM. Es wird sich entscheiden ob und in welcher Form der KKM bzw. die Arbeit des KKM weitergeführt werden kann.

Momentan ist vieles offen, fest steht jedoch, dass die Mitglieder den KKM nicht einfach so aufgeben werden. Das große Engagement der Mitglieder und das gute Feedback der Arbeit des KKM von verschiedensten Seiten in den letzten Monaten gibt Mut zur Hoffnung, und die stirbt bekanntlich zuletzt!

Tabea Behnisch ist Vorstandsmitglied des KKM. Sie ist Sozialwissenschaftlerin und macht derzeit ihren Master in Lateinamerikastudien.

Verwirrspiele und bittere Wahrheiten in den neuen Romanen von Mia Couto und Paulina Chiziane

Gott und Teufel und die Menschen selbst

Von Michael Kegler

In Mia Coutos jüngstem Roman „Venenos de Deus, remédios do diabo“ verschränkt es den jungen portugiesischen Arzt Sidónio nach Mosambik – eine Begegnung die an sich schon für einen einigermaßen interessanten Plot ausreichen würde. Aber der junge Portugiese ist nicht aus reiner Menschenliebe in das Dorf am Ende der Welt gezogen (wo er mithilft, eine Meningitis-Epidemie einzudämmen), sondern auf der Suche nach Deolinda, in die er sich auf einem Kongress in Lissabon verliebte. Doch er trifft nur ihre Eltern an, den todkranken ehemaligen Schiffsmechaniker der portugiesischen Kolonialflotte Bartolomeu Sozinho und seine verbitterte Frau Munda. Und dann ist da noch der korrupte „Administrador“ des Dorfes, der im Buch nur Suacelência genannt wird – Bartolomeus ewiger Gegenspieler, auf ideologischer, und wie sich später auch zeigen wird, privater Ebene.

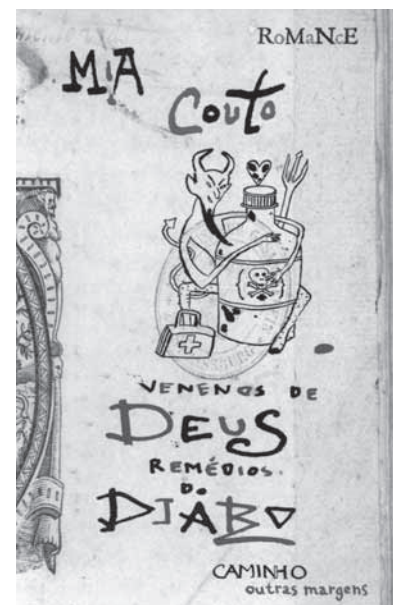
Suacelência (Seine Exzellenz) ist natürlich Vertreter des herrschenden „fortschrittlichen“ Lagers, während Bartolomeu (der Einsame) hin und wieder auf dem Dach seines Hauses die Fahne der kolonialen Schifffahrtsgesellschaft hisst und ostentativ der alten Zeit nachtrauert, obwohl er als schwarzer Arbeiter prototypischer Gewinner der Revolution sein müsste; ein Verwirrspiel mit ideologischen Codes, dem weitere Verwirrspiele folgen.

Denn je tiefer der junge Portugiese sich in das Leben und die Geschichte seiner mutmaßlichen Schwiegereltern vertieft und verstrickt, desto mehr stößt er auf Widersprüche, die nicht immer entlang der letztendlich glatten Linien

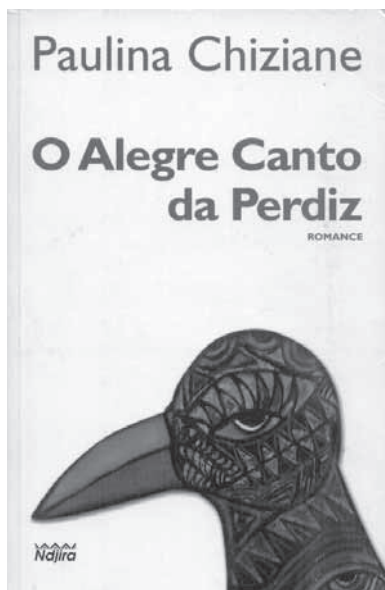
historischer und sozialer Verwerfungen verlaufen. Und die dunklen Geheimnisse, die sich ihm und dem Leser allmählich erschließen, sind grausam und so afrikanisch sie sich zunächst darstellen, zutiefst menschlich und universell. Letztlich muss Sidónio erkennen, dass er auch in Afrika weder seine Liebe noch eine Heimat finden wird. Und dass, auf einer höheren, metaphorischen Ebene, das Ding mit der Versöhnung ein kompliziertes ist, denn das Objekt seiner Liebe ist tot und „Im Grunde war der Portugiese keine Person im eigentlichen Sinne. Er war eine Hautfarbe, die einsam auf kürzestem Weg durch ein afrikanisches Dorf schlich.“

Auch wenn Mia Coutos jüngster Roman spannend ist wie ein Krimi, fast demonstrativ auf afrikanisierende Sprachspiele und Wortneuschöpfungen verzichtet und streckenweise fast zum „Mystery Tale“ wird, transportiert jede Zeile, jede Wendung und jede neue Erkenntnis des Protagonisten auch die Suche nach Identität, nach Standpunkt, nach der Beschreibung eines Landes, eines Zustandes, der nicht zu beschreiben ist. Oder wie es der Autor selbst, positiv ausdrückt: „Die Negation einer reinen und einzigen Identität, das Investieren in Suche nach innerer Vielschichtigkeit und die Bestätigung pluraler und vermischter Identitäten.“ (Im Interview mit Mariana Filgueiras, *Jornal do Brasil*)

Es ist mehr als eine Marginalie, dass Bartolomeu als Schwarzer den kolonialen Zeiten nachtrauert (und dafür keinesfalls politische Gründe hat, wie sich herausstellt), dass es ausgerechnet ein Portugiese aus der ländlichen Region Guarda sein muss, der sich in eine



Mosambikanerin aus einem ebenso wenig mondänen Hinterland verliebt und dass ein ganzes Kapitel sich der frühen Liebe Bartolomeus zu seiner Frau, einer Mulattin widmet, die ihre Liaison seinerzeit gegen den Widerstand ihrer Familie hatte durchkämpfen müssen, die durch die Ehe mit einem Schwarzen das Projekt der sukzessiven Aufhellung der Hautfarbe in Gefahr brachte – ein rassistisches Konstrukt (Branqueamento genannt), das basierend auf dem Essai sur l'inégalité des races des französischen Eugenikers Gobinau in Brasilien just nach der Sklavenbefreiung aufkam und dort bis Mitte des 20. Jahrhunderts die herrschende Doktrin des alltäglichen Rassismus darstellte und in ihrer perfiden Definition „guter“ und „schlechter“ Hautfarben bis heute in den Köpfen der Menschen (nicht nur in Brasilien) weiterwirkt.



„Mestiçagem“ revisited

Auffällig ist, dass auch Paulina Chizianes jüngster, im Februar veröffentlichter Roman „O alegre canto da perdiz“ (siehe Mosambik-Rundbrief 76) sich genau jenem Thema widmet. Sie allerdings definiert es als Leitmotiv ihres mehr als 300seitigen „fiktionalen Essays“ (Pires Laranjeira im *Jornal de Letras*), dessen Thema sie mit einem einzigen Wort zu umschreiben imstande ist: „Rassismus“. Und zwar nicht in seiner einfachen Variante der Unterdrückung einer Hautfarbe durch eine andere, sondern in der oben geschilderten Variante der Selbstverachtung. Oder wie es die Autorin im Interview mit Isabel Lucas vom portugiesischen *Diário de Notícias* ausdrückt: „Zambézia ist eine der reichsten Provinzen, eine

Gegend, die von den Portugiesen stark ausgebeutet wurde. Doch es gab dort nur wenige Portugiesen; wie konnte es ihnen gelingen, diese Provinz zu beherrschen? Welche Rolle haben die Einheimischen gespielt?“ und weiter: „Zambézia ist der Teil unseres Territoriums, wo die meiste Vermischung stattgefunden hat. Wie ist das geschehen? Wurden die Frauen vergewaltigt? Haben sie sich freiwillig hingeegeben?“ Dieses Buch, *O alegre canto da perdiz*, geht von einer Theorie aus. Nach der mündlichen Überlieferung suchten die schwarzen Frauen sich weiße Männer, um ein Mischlingskind zu bekommen, damit dieses später nicht deportiert würde. Aber es gibt diese Suche nach dem weißen Mann noch immer. Viele 15, 16 Jahre alte Mädchen sehen in dem weißen Mann ihre Rettung.“

Die Geschichte von Delfina, der Prostituierten(!), die zunächst einen *cipaio*, einen schwarzen Schergen des Kolonialismus heiratet und diese Ehe dann für die Beziehung zu einem Weißen aufs Spiel setzt ist eine ausladend, bildhaft und üppig entworfene Allegorie über (um noch einmal den Literaturwissenschaftler Pires Laranjeira zu zitieren) „die Sünde der Prostitution, die Entfremdung und Erlösung, und über die Unmündigkeit der Entrechteten und Unterdrückten.“

Kein wahres Leben im Falschen

Kurzum: Es gibt kein wahres Leben im Falschen. Was bei Mia Couto noch mit einem staunenden Blick (des naiv-verliebten aber außenstehenden Portugiesen) beginnt, und sich zu einer durchaus

auch ironischen Geschichte entwickelt, ist bei Paulina Chiziane von vornherein die Geschichte einer Abgelehnten, die vor allem deshalb abgelehnt wird, weil es ihr – unter massiver Selbstverleugnung – gelingt, einen Teil der Selbstverachtung zu überwinden, unter der alle anderen Frauen (es sind bei Paulina Chiziane vor allem die Frauen) leiden. Nur Paulina Chiziane kann so etwas schreiben, kein Mann, weder Portugiese noch Mosambikaner, auch nicht Mia Couto.

Es mag Zufall sein, dass sich die beiden großen mosambikanischen Romane in diesem Jahr, wenn auch auf unterschiedliche Weise, mit diesem Thema beschäftigen, aber gerade dieser Zufall ist bezeichnend.

„Die Welt ist komplizierter geworden“, ist ein Gemeinplatz seit dem Ende des „kalten Krieges“ – der in Mosambik ja durchaus ein heißer war. Aber wie kompliziert alles schon vorher war und wie kompliziert es noch wird, zeigt uns die jüngste mosambikanische Literatur exemplarisch in diesen beiden Romanen.

Paulina Chiziane:

O Alegre Canto da Perdiz.

342 Seiten

Ed. Ndjira, Maputo / Ed. Caminho, Lissabon 2008

Mia Couto:

Venenos de Deus, Remédios do Diabo.

192 Seiten

Ed. Ndjira, Maputo / Ed. Caminho, Lissabon / Companhia das Letras, São Paulo 2008